

ARBEITSBERICHT 2023

Heidelberg, 31. Dezember 2023

ZENTRAL
RAT [Deutscher
Sinti & Roma]

ARBEITSBERICHT 2023

Heidelberg, 31. Dezember 2023

Zentralrat Deutscher Sinti & Roma
Bremeneckgasse 2
69117 Heidelberg
zentralrat@sintiundroma.de
www.zentralrat.sintiundroma.de

ZENTRAL [Deutscher
RAT Sinti & Roma

Vorstand
Romani Rose, Vorsitzender
Jacques Delfeld, Stellv. Vorsitzender
Matthäus Weiß, Stellv. Vorsitzender

Inhalt

1. Zusammenfassung: Ergebnisse und Arbeitsschwerpunkte	6
1.1. Entschließungsantrag zum Bericht der UKA im Deutschen Bundestag	6
1.2. Jahresbericht 2022 der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus	6
1.3. Architekt Libeskind mit dem Bürgerrechtspreis der Sinti und Roma ausgezeichnet	7
1.4. Stellungnahme zur geplanten S-Bahn-Trasse in Berlin und dem Schutz des Denkmals.....	8
1.5. Staatsvertrag der Bundesregierung mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma.....	9
1.6. Bundeskriminalamt und Zentralrat unterzeichnen gemeinsame Erklärung.....	10
2. Vertretungsarbeit	11
2.1. Gespräche mit politischen und gesellschaftlichen Repräsentant*innen.....	11
2.1.1. Treffen mit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas.....	11
2.1.2. Gespräch mit Grünen-Parteivorsitzenden Omid Nouripour	11
2.1.3. Münchener Erzbischof Reinhard Kardinal Marx zu Gast in Heidelberg	11
2.1.4. Treffen mit dem stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Dirk Wiese.....	11
2.1.5. Gespräch mit Ministerpräsident Dietmar Woidke in Potsdam.....	12
2.1.6. Besuch der Antiziganismusbeauftragten des Freistaat Thüringen Doreen Denstädt....	12
2.2. Mitarbeit in Gremien	12
2.2.1. Beratender Ausschuss für Fragen der deutschen Sinti und Roma am 29.11.2023.....	12
2.2.2. Forum gegen Rassismus beim BMI	13
2.2.3. Netz gegen Rassismus	13
2.2.4. Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ (EVZ).....	14
2.2.5. Antidiskriminierungsstelle des Bundes	14
2.2.6. Deutsches Institut für Menschenrechte.....	14
2.2.7. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.....	14
3. Institutionelle Rahmenbedingungen zur Bekämpfung des Antiziganismus	16
3.1. Umsetzung der Empfehlungen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus.....	16
3.2. Entschließungsantrag des Deutschen Bundestages	16
3.3. Anerkennung der IHRA Arbeitsdefinition von Antiziganismus	16
3.4. Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus	16
3.5. Berufung von Beauftragten gegen Antiziganismus durch die Landesregierungen	17
3.6. Bund-Länder-Kommission.....	17
3.7. Nationale Strategie gegen Antiziganismus	17
3.8. Aufbau der Nationalen Kontaktstelle für Sinti und Roma im BMFSFJ	18
3.9. Umsetzung der EU-Förderprogramme in Deutschland	18
3.10. Evaluation und Berichterstattung.....	18
3.11. Erhebung und Gleichstellungs- und Partizipationsdaten.....	18
4. Rechtlicher Rahmen zum Schutz vor Diskriminierung	20
4.1. Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes	20
4.2. Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts	20
4.3. Demokratiefördergesetz	20
4.4. Gesetz gegen Hass im Internet	20
4.5. Gesetz gegen digitale Gewalt.....	20
4.6. Gesetz zur Neustrukturierung des Bundespolizeigesetzes.....	21
4.7. Gesetz zur Modernisierung des Strafverfahrens: Diskr.-gefährten durch DNA-Analysen.....	21

5. Maßnahmen zur Bekämpfung und zum Monitoring von Antiziganismus	22
5.1. Erfassung antiziganistischer Vorfälle und Straftaten, Daten zu Hasskriminalität.....	22
5.2. Aufbau der Melde- und Informationsstelle (MIA)	22
5.3. Antiziganismus und Polizei- und Sicherheitsbehörden.....	22
5.4. Verbot der rassistischen Sondererfassung durch Polizei und Justiz	23
5.5. Rechtsextremismus.....	23
5.6. Beratungsarbeit zum Schutz vor Diskriminierung	24
5.7. Engagement der Sinti und Roma Selbstorganisationen gegen Antiziganismus	25
6. Anerkennung und Aufarbeitung des systematischen Unrechts gegenüber Sinti und Roma	26
6.1. Anerkennung des NS-Völkermords an Sinti und Roma	26
6.2. Kommission zur Aufarbeitung des Unrechts nach 1945	26
6.3. Aufarbeitung der Entschädigung	26
6.4. Entschädigung für die Opfer der NS-Verfolgung	26
6.5. Zukünftige Aufgaben der Entschädigung	27
6.6. Wissenschaftliche Forschung zu Antiziganismus	27
7. Minderheitenschutz und gleichberechtigte Teilhabe	28
7.1. Staatsverträge auf Länderebene.....	28
7.2. Aufnahme des Minderheitenschutzes im Grundgesetz.....	28
7.3. Verfassungen der Bundesländer.....	28
7.4. Partizipation von Sinti und Roma in der Minderheitenpolitik	28
7.5. Partizipation in Medien, Wissenschaft und Institutionen	29
7.6. Gespräche mit den Ministerpräsidenten der Länder im Bundesrat.....	29
7.7. Gendern der Selbstbezeichnung Sinti und Roma	29
8. Medienpolitik	30
8.1. Partizipation von Sinti und Roma in den Rundfunkräten und Landesmedienanstalten.....	30
8.2. Medienberichterstattung.....	30
8.3. Bilderpolitik in den Medien.....	31
8.4. Film „Unrecht und Widerstand“ über Bürgerrechtsarbeit mit Grimme-Preis ausgezeichnet	31
8.5. Handreichung zum Thema Antiziganismus und Film	31
9. Kulturelle Teilhabe und Erinnerungsarbeit.....	33
9.1. Neubau des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma	33
9.2. Gedenken und Erinnerungsarbeit.....	33
9.2.1. Gedenkveranstaltung am 2. August in Auschwitz.....	33
9.2.2. Gedenken im Bundesrat und in der Gedenkstätte KZ Sachsenhausen am 15.12.....	34
9.2.3. Der Holocaust als transgenerationelles Trauma – Veranstaltung in Weimar.....	34
9.3. Erhaltung der Gräber von Holocaustüberlebenden	34
10. Bildungspolitik und Sensibilisierung.....	36
10.1. Aufbau eines Begabtenförderwerks der Sinti und Roma:	36
10.2. Erklärung der KMK zur Vermittlung der Geschichte und Gegenwart von Sinti und Roma ...	36
10.3. Stärkung der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisationen	36
10.4. Bildungsforum gegen Antiziganismus.....	36
10.5. Bundesweites Netzwerk Sinti, Roma, Kirchen	37

11. Internationale Arbeit	38
11.1. EU Strategie für Gleichstellung, Inklusion und Partizipation von Sinti & Roma 2030	38
11.2. Erinnerungsarbeit und Holocaust-Bildung im Westbalkan.....	38
11.3. Zusammenarbeit mit der internationalen Zivilgesellschaft	38
11.4. Das internationale Projekt „Chachipen“ zur Antiziganismus-Bekämpfung	38
11.5. Europäische Union	39
11.6. Europarat	39
11.7. International Holocaust Remembrance Alliance	40
11.8. OSZE-ODIHR	40
11.9. Vereinte Nationen.....	40
11.10. Ukraine.....	40
12. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.....	42
12.1. Beteiligung an Veranstaltungen und Ausstellungen.....	42
12.2. Pressemitteilungen	42
12.3. YouTube Kanal und Videobotschaften.....	42
12.4. Soziale Netzwerke.....	43
12.5. Monatlicher elektronischer Newsletter.....	43
12.6. Interviews.....	43
13. Organisations- und Vereinsangelegenheiten	44
13.1. Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen.....	44
13.2. Verbandstagungen.....	44
14. Trauerfälle	44
14.1. Zentralrat Deutscher Sinti und Roma trauert um Ilona Lagrene	44
14.2. Zentralrat trauert um die Holocaustüberlebende Elisabeth Krawczyk	45
14.3. Zentralrat trauert um den Holocaustüberlebenden Willi Kreutz	45
14.4. Zentralrat trauert um Ernst Tugendhat	45
14.5. Zentralrat trauert um Tilman Zülch	46
14.6. Zentralrat trauert um Heide Simonis	46
14.7. Der Zentralrat trauert um den Holocaustüberlebenden Rudolf Steinbach.....	46
14.8. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma trauert um Raisa Nabaranchuk	47
14.9. Zentralrat trauert um den Holocaustüberlebenden Ivan Bilashchenko	47
14.10. Zentralrat trauert um Holocaustüberlebenden Nadir Dedic	47
14.11. Zentralrat trauert um Holocaustüberlebende Eva Fahidi-Pusztaí	48
15. Korruptionsprävention.....	48

1. Zusammenfassung: Ergebnisse und Arbeitsschwerpunkte

1.1. Entschließungsantrag zum Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus im Deutschen Bundestag

Am 14.12.2023 fand im Deutschen Bundestag eine Debatte über die Handlungsempfehlungen des Abschlussberichts der Unabhängigen Kommission Antiziganismus statt, die für Sinti und Roma eine historische Bedeutung hatte. Erstmals wurde vom Bundestag die historische Verantwortung für die 600-jährige Geschichte der Minderheit benannt und der Holocaust an 500.000 Sinti und Roma im NS-besetzten Europa offiziell thematisiert. Auch die „Zweite Verfolgung“ nach 1945, für die Bundespräsident Frank-Walter-Steinmeier im Oktober 2022 um Vergebung bat, wurde vom Bundestag anerkannt. Romani Rose betonte: „Wir sehen in dieser Debatte die Chance für den demokratischen Rechtsstaat, die Versäumnisse der historischen Aufarbeitung und Bewusstseinsbildung nach 1945 politisch anzuerkennen und den Willen auszudrücken, dem tief sitzenden Antiziganismus durch Aufklärung entgegenzuwirken.“

Der Bundestag wandte sich mit insgesamt 27 Forderungen an die Bundesregierung, die teilweise auch die Landesregierungen betreffen. Zahlreiche Aspekte hat der Zentralrat seit Jahren betont, etwa die Notwendigkeit des Abschlusses eines Staatsvertrags, die Schaffung einer Ständigen Bund-Länder-Kommission, einer wissenschaftlichen Kommunikation zur Aufarbeitung der „Zweiten Verfolgung“ und eine rechtliche Gleichstellung verfolgter Sinti und Roma mit jüdischen Opfern des Holocaust.

Der Entschließungsantrag wurde gemeinsam von allen demokratischen Kräften im Deutschen Bundestag erarbeitet und getragen, wofür der Zentralrat sich aufgrund der Symbolkraft einer Konsensfindung im Vorfeld intensiv eingesetzt hatte. Weitere Informationen [hier](#) und [hier](#).

1.2. Jahresbericht 2022 der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus

Am 18.09.2023 veröffentlichte die bundesweite Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) ihren ersten Jahresbericht und präsentierte dessen Ergebnisse, gemeinsam mit dem Zentralratsvorsitzenden, Romani Rose, und dem Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma, Dr. Mehmet Daimagüler, auf der Bundespressekonferenz in Berlin.

Die Gründung der Melde- und Informationsstelle geht auf eine langjährige Forderung und Initiative des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma zurück. Im Oktober 2021 hat der Zentralrat dann mit der finanziellen Unterstützung der Bundesregierung begonnen, diese Meldestelle aufzubauen. Im September 2023 wurde MIA vom Zentralrat in die unabhängige Trägerschaft des Vereins Melde- und Informationsstelle Antiziganismus e.V. übergeben.

Der diesjährige erste Jahresbericht zeigte auf, dass allein im Jahr 2022 bei MIA und ihren regionalen Meldestellen bundesweit insgesamt 621 antiziganistische Vorfälle erfasst wurden. Diese Vorfälle zeigen, dass Antiziganismus für Betroffene immer noch alltäglich ist. Jeder vierte Vorfall lässt sich dem regulären Alltag zuordnen. Doch auch im Bereich der Wohnungssuche und des Mieterschutzes sowie im Umgang mit Behörden wurden zahlreiche Vorfälle dokumentiert.

Bei den erfassten Vorfällen von Antiziganismus fielen zwei Aspekte besonders auf. Sowohl die Vorfallart von antiziganistischer Diskriminierung als auch die Häufung der Vorfälle auf institutioneller Ebene. Besonders gravierende Vorfälle fanden sich im Kontext von Polizei, Jugendamt, Jobcenter sowie von kommunalen Verwaltungen. Die erschreckende Häufung von antiziganistischen Vorfällen im Kontext von staatlichen Behörden, zeigte die immense Lücke des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auf, welches sich aktuell auf den Bereich des privaten Rechts beschränkt. MIA fordert in diesem Zug folglich eine Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, so dass Diskriminierung durch staatlich Behörden geahndet werden kann.

Die zweite auffällige Entwicklung war der Antiziganismus gegenüber geflüchteten Roma aus der Ukraine. Die Benachteiligung von ukrainischen Roma durchzieht verschiedene Lebensbereiche von der Einreise über die Unterbringung bis hin zum Bildungsbereich. In etwa einem Siebtel der dokumentierten Fälle von Antiziganismus waren ukrainische Roma betroffen.

Im ersten Jahr der Dokumentation bundesweiter antiziganistischer Vorfälle fehlt es noch an Vergleichsdaten, um relevante Entwicklungen abbilden zu können. Mit den von MIA dokumentierten Vorfällen wird leider auch nur ein kleiner Teil des immensen Dunkelfeldes von antiziganistischen Vorkommnissen erhellt. Dennoch geben die Daten einen ersten Überblick über das Ausmaß und die Dimensionen von Antiziganismus in Deutschland.

Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma betonte in seiner Rede zur Auftaktveranstaltung der Entlassung von MIA in eine unabhängige Trägerschaft:

„Die Einrichtung und Förderung der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus durch eine deutsche Bundesregierung, 77 Jahre nach dem Holocaust an 500 000 Sinti und Roma, empfinden wir als einen Wendepunkt auf dem Weg zur vollständigen gleichberechtigten Teilhabe von Sinti und Roma in unserem Land. Es ist jetzt an der Zeit, den begonnenen Weg fortzusetzen; nicht nur um Minderheitenrechte zu stärken, sondern um unsere gesamte demokratische Gesellschaft weiter zu festigen.“

1.3. Architekt Daniel Libeskind mit dem Europäischen Bürgerrechtspreis der Sinti und Roma ausgezeichnet

Der US-amerikanische Architekt Daniel Libeskind wurde am 18. Oktober 2023 in Berlin mit dem Europäischen Bürgerrechtspreis der Sinti und Roma ausgezeichnet ([Pressemitteilung online](#)). Der Preis wird vom Zentralrat und dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma sowie der Manfred Lautenschläger-Stiftung vergeben. Gewürdigt werden herausragende Persönlichkeiten, die sich auf der europäischen Ebene um die gleichberechtigte Teilhabe und Menschenrechte von Sinti und Roma verdient gemacht haben und ist ein Beitrag zur Wahrung und Durchsetzung der Bürgerrechte von Sinti und Roma in ihren jeweiligen Heimatländern.

Die **Präsidentin des Deutschen Bundestags, Bärbel Bas**, sagte in ihrer Laudatio: „Daniel Libeskind hat weltweit Denkmäler der gemeinsamen Erinnerung an die im Holocaust ermordeten europäischen Juden und Sinti und Roma geschaffen. Er hat somit einen eindringlichen Beitrag dazu geleistet, den lange ignorierten Völkermord an den Sinti und Roma im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Der Preis ist zugleich ein Aufruf, sich für die gesellschaftliche Anerkennung und gleichberechtige Teilhabe von Sinti und Roma in Deutschland und Europa einzusetzen.“

Bei der Preisverleihung erklärte **Daniel Libeskind**: „Dieser Preis verdeutlicht, wie wichtig es ist, denjenigen eine Stimme zu geben, die zum Schweigen gebracht wurden. Ohne die bewusste Entscheidung, an der Erinnerung festzuhalten und unsere Erfahrungen mit anderen zu teilen, kann die Zeit schlechend alles auslöschen.“

Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, **Romani Rose**, betonte neben der Bedeutung der architektonischen Werke des Preisträgers auch gegenwärtige Herausforderungen: „Wir alle stehen heute, als Bürgerinnen und Bürger, wie auch unsere demokratischen Institutionen, in der Pflicht, den demokratiefeindlichen Bestrebungen von nationalistischen und rechtsextremen Parteien in vielen Ländern Europas entgegenzutreten, die wieder Stimmung und Hass gegen Juden und Sinti und Roma schüren.“

1.4. Stellungnahme des Zentralrats zur geplanten S-Bahn-Trasse in Berlin und dem Schutz des Denkmals für die ermordeten Sinti und Roma Europas

Die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und einzelne Vereine von Sinti und Roma beginnen erneut mit Aufrufen und Unterschriftensammlungen, weil angeblich das Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma Europas in Berlin gefährdet sei. Dabei werden wieder, wie in der Vergangenheit, falsche Behauptungen aufgestellt, dass das Denkmal „unwiderruflich zerstört“ werde. Von einer „Zerstörung“ des Denkmals, für dessen Durchsetzung sich der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma über Jahrzehnte hinweg gegen vielfache Widerstände eingesetzt hat, kann keine Rede sein. Der Vertreter der Deutschen Bahn erklärte in einem vom Berliner Senat einberufenen Gespräch am 28.09.2023, dass nach der mehrjährigen Prüfung von 50 Streckenführungen nur die vorgelegte Variante 12h als einzige realisierbare zur Diskussion steht, die – nach erneuter Versicherung der Deutschen Bahn – auch während der geplanten Baumaßnahmen den Zugang von Besuchern zum Denkmal ausdrücklich nicht einschränken wird.

Der Zentralrat hatte seit Beginn der Gespräche 2020 die Deutsche Bahn und den Berliner Senat aufgefordert alle Möglichkeiten für eine Streckenführung zu prüfen, die das Denkmal nicht tangieren. In diesen Gesprächen hat der Zentralrat aber auch gegenüber dem Berliner Senat, der Deutschen Bahn und dem Deutschen Bundestag erklärt, wenn es nach allen Prüfungen keine anderen Alternativen der Streckenführung mehr gibt, will sich der Zentralrat Gesprächen nicht verschließen, um eine gemeinsame Lösung für dieses für Berlin wichtige Verkehrsprojekt zu finden, wie der Zentralrat bereits in einer [Stellungnahme im Mai 2021](#) erklärt hat.

„Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma erkennt die Notwendigkeit des Bauvorhabens der neuen S-Bahnlinie, die wichtig ist für die Infrastruktur und für Millionen Menschen in Berlin. Als deutsche Sinti und Roma betrachten wir uns als selbstverständlicher Teil der deutschen Bevölkerung und dieses Landes. Deshalb ist es für den Zentralrat auch wichtig, dass hier gemeinsam mit Bahn, Senat und dem Deutschen Bundestag eine Lösung im Interesse aller gefunden wird“, so Zentralratsvorsitzender Romani Rose.

Der Zentralrat erwartet von der Deutschen Bahn und vom Berliner Senat als Voraussetzung seiner Zustimmung, dass im weiteren Planungsprozess Gutachten eingeholt werden, die sicherstellen, dass die Tunnelführung der S-Bahn zu keinen Erschütterungen am Denkmal führen. Der dem Zentralrat vorliegenden Planung zufolge müssten 5 oder 6 Bäume auf dem Grundstück des Denkmals im Bauprozess gefällt werden. Dabei ist zu beachten, dass das von Dani Karavan gestaltete Ensemble in seiner gesamten Wahrnehmung mit den Bäumen, durch Neuanpflanzungen – auch mit bereits größeren Bäumen – wiederhergestellt wird. Der Zentralrat erwartet vom Berliner Senat die Vorlage der freiplanerischen Gestaltungsgutachten, die vom Senat und von der Bahn bereits 2021 angekündigt wurden.

Der Zentralrat fühlt sich dem [Künstler Dani Karavan](#) zutiefst verbunden und würdigt die Gestaltung des von ihm geschaffenen und weltweit anerkannten Denkmals. Der Zentralrat hat gegenüber dem Berliner Senat und der Bahn deutlich gemacht, dass die künstlerische Gestaltung von Dani Karavan nicht verletzt werden darf. So erklärte Dani Karavan dazu in einer [gemeinsamen Pressemitteilung](#) mit dem Zentralrat im Juli 2020: „Schutz und Bewahrung des Denkmals steht an erster Stelle, wir müssen genau wissen, was hier geplant wird. Das Denkmal ist nicht allein das Schwarze Becken, es ist der gesamte Ort. Erst wenn wir sehen, was konkret geplant wird, können wir sagen, wie wir mit den Anforderungen umgehen. Jeder Eingriff in das Denkmal muss mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und mit mir als dem verantwortlichen Künstler abgestimmt sein.“

Dani Karavan hat darüber hinaus in einem Schreiben an den Zentralrat im Februar 2021 seine Bereitschaft für eine Lösung signalisiert. Er hat dabei die Verlegung des Zugangsschachts unterhalb des Denkmals in Betracht gezogen, wenn sichergestellt wird, dass die Zeremonie des täglichen Wechsels

der Wildblume in der Mitte des Denkmals ohne Unterbrechung fortgesetzt werden kann, und wenn das Denkmal wieder vollständig hergestellt wird.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma bat jetzt die Berliner Senatorin Schreiner und Senator Chialo als zuständige Auftraggeber dieses für Berlin wichtigen Verkehrsprojektes um eine öffentliche Klarstellung, um damit die Diskussion zu versachlichen und den falschen Darstellungen entgegenzuwirken.

Weiterführende [Pressemitteilung online](#).

Anlässlich der formalen Eröffnung eines Planfeststellungsverfahrens zum Eintritt in den Prüfungs- und Genehmigungsprozess auf Grundlage des Senatsbeschluss vom 19.12.2023 betont der Zentralrat die zwingende Notwendigkeit, die weiterhin offenen Fragen in einem offenen Dialogprozess zu klären. Romani Rose erklärt dazu: „Ich habe mich bereits am 18.12.2023 an den Regierenden Bürgermeister gewandt mit der Bitte, auch für die gesamte Berliner Öffentlichkeit nachvollziehbar zu dokumentieren, warum die Variante 12h, die das Denkmal für die im NS ermordeten Sinti und Roma betrifft, als einzige realisierbare Trassenführung im Prüfungsverfahren übrigblieb.“

Zur [Pressemitteilung](#)

1.5. Staatsvertrag der Bundesregierung mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

Die von der Bundesregierung berufene Unabhängige Kommission Antiziganismus hat in ihrem 800-seitigen Abschlussbericht von Juni 2021 der Bundesregierung einen baldigen Abschluss des Staatsvertrages mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma empfohlen. Auf einer Bundespressekonferenz von Bundesinnenminister Seehofer zur Vorstellung des umfangreichen Berichts der UKA am 13.07.2021 drückte Bundesminister Seehofer seine große persönliche Unterstützung für einen Staatsvertrag mit dem Zentralrat aus und bezeichnete dies als "eine hohe Anerkennung, einen Respekt des Parlaments und der Regierung gegenüber der Minderheit".

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma verhandelt bereits seit 2018 mit der Bundesregierung über den Abschluss eines solchen Vertrages und fordert die Bundesregierung zu einem zügigen Abschluss der laufenden Verhandlungen auf.

Ein Staatsvertrag würdigt die 40-jährige Arbeit und die Erfolge des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma als Beitrag zur Demokratieentwicklung der Bundesrepublik Deutschland, der Staatsvertrag fördert die Weiterentwicklung und Institutionalisierung der Verbandsstruktur auf gesicherter Basis, die alle 5 Jahre evaluiert und angepasst werden soll. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma kann auf eine über 40-jährige erfolgreiche Arbeit ([Gründung am 5.-6. Feb 1982, Stellungnahmen zum Jubiläumsjahr](#)) zurückblicken, die national und international große Anerkennung genießt. Die Erfolge und positiven Entwicklungen zeigen auf, wie der Zentralrat seit vier Jahrzehnten die Interessen der Minderheit als Ganzes um gleichberechtigte Teilhabe und historische Aufarbeitung gebündelt und erfolgreich in der Politik vertreten hat. Dabei blieb die personelle Ausstattung des Zentralrats seit fast 30 Jahren auf gleichem Niveau, während die nationalen und internationalen Aufgaben und institutionellen Verpflichtungen sowie die Anforderungen für den Aufbau von nachhaltigen Strukturen des Zentralrats um ein Vielfaches gewachsen sind. Bereits die damalige Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, der ehemalige Bundesinnenminister Horst Seehofer und Bundesinnenministerin Nancy Faeser haben dem Zentralrat gegenüber ihre Bereitschaft bekundet, für die Bundesregierung einen Staatsvertrag mit dem Zentralrat abzuschließen.

Der Zentralrat bedauert es sehr, dass es bis heute nicht zu einem Abschluss eines Staatsvertrages gekommen ist, und kritisiert die Verzögerungshaltung der Bundesregierung. Der Zentralrat kann nicht verstehen, warum von der Bundesregierung neue Vereine in die Verhandlungen über einen Staatsvertrag miteinbezogen werden, die weder öffentlich durch Aktivitäten noch politisch in irgendeiner Form in Erscheinung getreten sind. In unserem Rechtsstaat steht allen Bürgerinnen und Bürgern das Recht zu, einen Verein für die eigenen Interessen und gemeinnützigen Ziele zu gründen.

Was der Zentralrat aber nicht nachvollziehen kann, ist, warum diese neugegründeten Vereine, die sich lediglich als Konkurrenz zum Zentralrat verstehen, wie zum Beispiel durch die Forderung eines Staatsvertrages, ein solches Gewicht und eine solche Aufwertung bekommen vonseiten der Bundesverwaltung und Politik. Dadurch wird die Arbeit des Zentralrats und die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung erschwert und gelähmt. Es gibt eine Verantwortung des demokratischen Rechtsstaats im Rahmen des Minderheitenschutzes, die Vertretungsarbeit einer etablierten sowie national und international anerkannten Minderheitenorganisation wie des Zentralrats nicht zu schwächen und – insbesondere aus parteipolitischen Erwägungen – zu untergraben.

1.6. Bundeskriminalamt und Zentralrat Deutscher Sinti und Roma unterzeichnen gemeinsame Erklärung „Antiziganismus entschieden entgegentreten“

Zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust und des 78. Jahrestages der Befreiung des NS-Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau haben der Präsident des Bundeskriminalamtes Holger Münch und der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma Romani Rose am 27. Januar 2023 die [Vereinbarung „Gemeinsam gegen Antiziganismus – Erklärung des Bundeskriminalamts und des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma zur künftigen Zusammenarbeit“](#) unterzeichnet. Grundlage bildet die [Arbeitsdefinition von Antiziganismus der International Holocaust Remembrance Alliance](#) (IHRA), die das BKA aus diesem Anlass anerkennt. Sie ist ein wichtiges Werkzeug, um das Phänomen des Antiziganismus, dieser speziellen Form des Rassismus, der sich gegen Sinti und Roma richtet, zu identifizieren und ihm entschieden entgegenzutreten. Die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung erfolgte während einer Feierstunde im BKA Berlin, an der unter anderem die Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser, der Beauftragte der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland, Dr. Mehmet Daimagüler, der Sonderbeauftragte im Auswärtigen Amt für die Beziehungen zu jüdischen Organisationen, Antisemitismusfragen, Holocaust-Erinnerung und Internationale Angelegenheiten der Sinti und Roma, Dr. Robert Klinke, der ehemalige BKA-Präsident Jörg Ziercke sowie der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, und BKA-Präsident Holger Münch teilnahmen.

Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma: „Es ist nicht zu hoch gegriffen, wenn ich den heutigen Tag als ‚historisch‘ bezeichne. Dass das Bundeskriminalamt und der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma heute eine gemeinsame Vereinbarung über die zukünftige Zusammenarbeit gegen Antiziganismus unterzeichnen, muss als ‚Umbruch‘ im Umgang der Polizeibehörden mit unserer Minderheit nach 1945 bewertet werden. Dafür danke ich dem BKA und allen am Zustandekommen dieser Kooperationsvereinbarung beteiligten Personen.“

Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser: „Die deutschen Polizeibehörden registrieren jedes Jahr mehr als 100 antiziganistische Straftaten. Und leider müssen wir davon ausgehen, dass es ein erhebliches Dunkelfeld gibt. Wir müssen alles daran setzen, diese Straftaten ebenso wie auch Angriffe unterhalb der Strafbarkeitsgrenze zu verhindern. Die Polizei muss Antiziganismus erkennen, erfassen und entschlossen bekämpfen. Die Aufnahme der IHRA-Definition für Antiziganismus in den Themenfeldkatalog des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen politisch motivierter Kriminalität ist dafür ein wichtiger Baustein. Denn sie steht beispielhaft für das Bestreben, ein stärkeres Bewusstsein für Rassismus zu schaffen und die Polizei im Kampf gegen Antiziganismus weiter zu sensibilisieren.“

Mehmet Daimagüler, Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland: „Die Annahme der IHRA-Arbeitsdefinition durch das BKA ist ein wichtiger Schritt, dem weitere folgen müssen. Auch der Gesetzgeber ist gefordert. Sinti und Roma werden regelmäßig zu Unrecht kriminalisiert und ebenso regelmäßig als Opfer von Hasskriminalität übersehen. Der Gesetzgeber sollte in § 46 StGB neben Antisemitismus auch Antiziganismus bei der Strafzumessung explizit benennen. Eine unterschiedliche Behandlung beim strafrechtlichen Schutz der Minderheiten ist weder juristisch noch politisch gerechtfertigt.“

2. Vertretungsarbeit

2.1. Gespräche mit politischen und gesellschaftlichen Repräsentant*innen

2.1.1. Treffen mit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas

Im April 2023 traf der Zentralratsvorsitzende Romani Rose die Präsidentin des Deutschen Bundestags, Bärbel Bas, in Berlin. Romani Rose informierte die Bundestagspräsidentin über die Situation der Minderheit und über Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung von Antiziganismus. Vor dem Hintergrund der Geschichte des Holocaust an 500.000 ermordeten Sinti und Roma im NS-besetzten Europa sowie dem fortgesetzten Unrecht nach 1945 waren sich Bundestagspräsidentin Bas und Zentralratsvorsitzender Rose einig, dass es beim Erinnern an den Holocaust heute darum geht, dass der demokratische Rechtsstaat und die gesamte Gesellschaft Verantwortung übernimmt, um Antiziganismus, Antisemitismus und jede Form von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu ächten.

Die Vermittlung der Vergangenheit und Gegenwart der Minderheit gerade unter jungen Menschen soll auch durch die Arbeit des Bundestages weiter gestärkt werden. Anlässlich der Verleihung des Europäischen Bürgerrechtspreises der Sinti und Roma an den Architekten Daniel Libeskind am 18. Oktober 2023 hielt die Bundestagspräsidentin die Laudatio. Sie wird außerdem die Hauptrede am Europäischen Holocaust-Gedenktag der Sinti und Roma am 2. August 2024 in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau halten.

2.1.2. Gespräch mit Grünen-Parteivorsitzenden Omid Nouripour

Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, traf den Bundesvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Omid Nouripour, im März 2023 in Berlin und sprach mit ihm über seine Sorge bezüglich des anwachsenden Antiziganismus in Deutschland und in Europa, der zu Hass, Ausgrenzung und rechtsextremer Gewalt gegen die Minderheit führt und eine Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat darstellt. Der Grünen-Vorsitzende betonte die historische Verantwortung, den Antiziganismus zu ächten, der weiterhin virulent ist. Romani Rose betonte die Bedeutung der Auseinandersetzung mit der „Zweiten Verfolgung“ und die Notwendigkeit, die Maßnahmen des Berichts der Unabhängigen Kommission Antiziganismus umzusetzen.

2.1.3. Münchener Erzbischof Reinhard Kardinal Marx zu Gast in Heidelberg

Kardinal Marx besuchte auf Einladung von Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, am 7. Februar 2023 das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg. Nach einem Gang durch die ständige Ausstellung des Zentrums über den Holocaust an 500.000 ermordeten Sinti und Roma im NS-besetzten Europa waren sich Kardinal Marx und Romani Rose über die Dringlichkeit der Aufarbeitung der Rolle der Kirche während der Zeit des Nationalsozialismus einig.

Anlass des Besuchs von Kardinal Marx war die Frage einer Würdigung der Intervention von Oskar Wilhelm Rose am 5. April 1943, der unter Lebensgefahr und falschem Namen bei Kardinal Faulhaber in dessen Münchener Residenz vorsprechen und die katholische Kirche um Hilfe bitten wollte. Kardinal Marx betont die Notwendigkeit einer umfassenden historischen Aufarbeitung des Verhältnisses der katholischen Kirche zu Sinti und Roma und die daraus erwachsende Verantwortung.

2.1.4. Treffen mit dem stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Dirk Wiese

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dirk Wiese, war am 27. Juni zu Gast beim Zentralrat Deutscher Sinti und Roma. Romani Rose hatte ihn eingeladen, um das Dokumentationszentrum kennenzulernen und die Ausstellung zur NS-Verfolgung zu sehen. Aktuelle

Gesprächsthemen waren der Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus (UKA), die anstehende Debatte und der Entschließungsantrag des Deutschen Bundestags auf der Basis der Empfehlungen der UKA.

2.1.5. Gespräch mit Ministerpräsident Dietmar Woidke in Potsdam

Am 9. Mai traf der Zentralratsvorsitzende Romani Rose den brandenburgischen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke in der Staatskanzlei in Potsdam, um sich über das Engagement des Landes gegen Antiziganismus auszutauschen. Der Zentralratsvorsitzende wies auf die Bedeutung der Benennung der Bekämpfung des Antiziganismus als Staatsziel in der Landesverfassung hin und attestierte dem Land Brandenburg eine Vorbildfunktion in der Minderheitenpolitik. Auch die Zusammenarbeit in der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten ist seit langem gut und intensiv.

Der Zentralrat hofft, dass die Landesregierung sich weiterhin aktiv in der Bekämpfung des Antiziganismus zeigt, unter anderem durch die Ernennung eines Landesbeauftragten gegen Antiziganismus und die Stärkung der Teilhabe von Sinti und Roma durch die Novellierung des RBB-Staatsvertrags.

2.1.6. Besuch der Antiziganismusbeauftragten des Freistaat Thüringen Doreen Denstädt

Am 28. Juni besuchte die thüringische Justizministerin Doreen Denstädt den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma. Ein Thema des Gesprächs mit dem Vorsitzenden des Zentralrats Romani Rose war die Zusammenarbeit des Zentralrats mit der Landespolizeischule in Meiningen. Die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und den Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei sieht die Vermittlung der Geschichte der Sinti und Roma und damit ein Verständnis für das Leben, aber auch Diskriminierungserfahrungen dieser Minderheit, an Studierende und Auszubildende, vor. Weitere Themen waren der Stand der Umsetzung der Empfehlungen der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Vermittlung der Geschichte und Gegenwart der Sinti und Roma in der Schule und der Aufbau einer Melde- und Informationsstelle für Antiziganismus in Thüringen.

2.2. Mitarbeit in Gremien

2.2.1. Beratender Ausschuss für Fragen der deutschen Sinti und Roma beim Innenministerium am 29.11.2023

Die Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Natalie Pawlik, MdB leitete am 28.11.2023 die jährliche Sitzung des Beratenden Ausschusses für Fragen der deutschen Sinti und Roma im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Teilnehmer der Sitzung waren neben dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma die Abgeordneten des Deutschen Bundestags. Zudem nahmen Vertreter der beteiligten Fachministerien und der Bundesländer an den Beratungen teil.

Schwerpunkt der Beratungen waren die anhaltenden Bemühungen zur Bekämpfung des Antiziganismus, u.a. wurde der erste Jahresbericht der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) vorgestellt und diskutiert. Der im Jahr 2022 ins Amt berufene Antiziganismusbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Mehmet Daimagüler, berichtete von seinen Aktivitäten, die insbesondere die Umsetzung der Empfehlungen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus verfolgen. Darüber hinaus standen auf der Agenda das Thema Staatsvertrag mit der BRD und der Schutz des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas im Rahmen der geplanten S-Bahn-Trasse.

2.2.2. Forum gegen Rassismus beim BMI

Der im "Europäischen Jahr gegen Rassismus" 1997 aufgenommene Dialog zwischen staatlichen Stellen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wird im nationalen deutschen Folgegremium "Forum gegen Rassismus" (FgR) fortgesetzt und weiterentwickelt. Das FgR tagt in der Regel zweimal pro Jahr und befasst sich in einem offenen Dialog der NGOs mit der Regierungsseite mit aktuellen Themen zur Bekämpfung von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz. Die Sitzungen des Plenums des „Forums gegen Rassismus“ fanden beim Bundesinnenministerium statt. Mit der Berufung von Staatsministerin beim Bundeskanzler, Reem Alabali-Radovan, zur ersten Beauftragten der Bundesregierung für Antirassismus am 23. Februar 2022 ist der Vorsitz des Forums gegen Rassismus vom Bundesinnenministerium auf die Antirassismusbeauftragte übergegangen. Damit einhergehend wurde eine Neuausrichtung des „Forums gegen Rassismus“ beschlossen.

Der Politische Referent Aert van Riel nahm für den Zentralrat am 26. Juni 2023 am Austausch zur Neuausrichtung des „Forums gegen Rassismus“ teil, das vom Referat AS 5 „Bekämpfung von Rassismus und Unterstützung Betroffener“ bei der Antirassismusbeauftragten organisiert wurde. Bei diesem Austausch wurde beschlossen, dass sich künftig jede Sitzung des „Forums gegen Rassismus“ gezielt einem Handlungsfeld widmen soll. Die Erkenntnisse und Ergebnisse der Sitzungen werden dokumentiert und den Teilnehmenden zur Verfügung gestellt. Diese Dokumentationen bilden eine Grundlage für die Weiterentwicklung des Nationalen Aktionsplans (NAP) Rassismus und für die weitere Arbeit der Antirassismusbeauftragten. Der Zentralrat war durch seinen Politischen Referenten Aert van Riel bei der Sitzung des „Forums gegen Rassismus“ am 7. und 8. November in Berlin vertreten. Schwerpunkt des 2-tägigen Forums war „Gesundheit und Rassismus“. Dazu wurden die aktuellen Ergebnisse des Ersten Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors vorgestellt. Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung hat diesen Monitor veröffentlicht.

2.2.3. Netz gegen Rassismus

Das Netz gegen Rassismus (NgR), dessen Mitglied auch der Zentralrat ist, ist ein loser Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen in Deutschland, die gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung arbeiten. Das Netz gegen Rassismus formulierte im Vorfeld der deutschen Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 2020 Anforderungen an die Bundesregierung zur Bekämpfung von Rassismus. Die Anforderungen wurden im Oktober 2019 als Tischvorlage an die Mitglieder des Forums gegen Rassismus und die zuständigen Abteilungen im Bundesministerium des Innern und für Heimat versandt und im Zuge der Forumssitzung diskutiert. Unter anderem ist eine der zentralen Forderungen des Netzes gegen Rassismus, dass die deutsche Regierung sich für die Verabschiedung einer EU-Rahmenstrategie zur Roma Integration nach 2020 einsetzen soll, in der die Bekämpfung von Antiziganismus ein zentrales und horizontales Thema sein muss.

Aert van Riel, Politischer Referent des Zentralrats, begleitete im Jahr 2023 die Arbeit des NgR. In den Sitzungen des Netzes wird immer wieder die Perspektive des Zentralrates auf politische Debatten eingebracht und die kritische Auseinandersetzung mit Antiziganismus gefordert. Beim Treffen des Netzes gegen Rassismus am 15. Juni (online) und am 12./13. Oktober in Mainz berieten die Mitglieder des NgR unter anderem über die vom Bundesministerium des Innern und für Heimat geplanten Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Aert van Riel informierte über die Stellungnahme des Zentralrats (<https://zentralrat.sintiundroma.de/stellungnahme-des-zentralrats-zum-referentenentwurf-fuer-ein-gesetz-zur-modernisierung-des-staatsangehoerigkeitsrechts/>), in der die Verleihung der Staatsbürgerschaft an in Deutschland geborene und aufgewachsene Roma, auch in sozialen Härtefällen, sowie die Abschaffung der faktischen Staatenlosigkeit gefordert wird.

2.2.4. Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ (EVZ)

Seit 2014 ist der Zentralrat mit einem Kurator im Kuratorium der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ (EVZ) vertreten. Für den Zentralrat nahm der politische Referent Jonathan Mack an den Kuratoriumssitzungen im Mai 2023 und im November 2023 in Präsenz in Berlin teil. Grundlage der aktuellen Förderarbeit der Stiftung ist die neue Strategie für den Zeitraum 2021-2027, die auf Initiative des Zentralrats wichtige Prioritäten für die Bekämpfung von Antiziganismus und für ein verstärktes Engagement für Sinti und Roma Überlebende setzt. Die Stiftungsarbeit 2023 war geprägt von den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Die Stiftung EVZ ist seit vielen Jahren in der Ukraine aktiv und konnte insbesondere durch das Latscho Diwes Programm, ein Programm zur Unterstützung der Sinti und Roma Holocaust Überlebenden, als eine der schnellsten internationalen Akteurinnen Mittel für die humanitäre Hilfe von Roma Organisationen in der Ukraine bereitstellen. Das Kuratorium beschäftigte sich ausführlich mit der Situation in der Ukraine und den Auswirkungen auf die Stiftungsarbeit, insbesondere wurden die Situation der Roma in der Ukraine und die Auswirkungen des Antiziganismus thematisiert.

Darüber hinaus führte die Stiftung EVZ das vom Bundesfinanzministerium geförderte Programm „Bildungsagenda NS-Unrecht“ fort, in dessen Rahmen das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma ein großes Projekt zum Aufbau einer historischen Sammlung und eines Archivs als Grundlage für die zukünftige Dauerausstellung initiierte. Jonathan Mack wurde vom Kuratorium in den beratenden Beirat der „Bildungsagenda NS-Unrecht“ gewählt und nahm an zwei Beiratssitzungen im Jahr 2023 teil.

2.2.5. Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Ende 2022 wurde Emran Elmazi für den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma in den Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes berufen, der sich im März 2023 offiziell in einer ersten Sitzung konstituierte. Der Zentralrat wirkt seit 2010 im Beirat der ADS mit. Das Gremium berät die Antidiskriminierungsstelle bei der Vorlage von Berichten und Empfehlungen an den Deutschen Bundestag und kann hierzu sowie zu wissenschaftlichen Untersuchungen eigene Vorschläge unterbreiten. Ein Ziel des Beirats ist es, den Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen zu fördern, die mit dem Schutz vor Diskriminierung zu tun haben. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beruft im Einvernehmen mit der Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung sowie den entsprechend zuständigen Beauftragten der Bundesregierung und des Deutschen Bundestags die Mitglieder des Beirats. Der neue Beirat setzt sich aktiv für die Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ein.

2.2.6. Deutsches Institut für Menschenrechte

Seit 2017 ist der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma Mitglied im Trägerverein für das DIMR, nachdem Romani Rose zuvor im Kuratorium vertreten war. Vertreter des Zentralrates im DIMR ist Herbert Heuss, der wissenschaftliche Leiter des Zentralrates, seit 2023 gefolgt von seinem Nachfolger Jonathan Mack. Als Koordinationsstelle für die Unabhängige Kommission Antiziganismus war das DIMR zwischen 2019 bis 2021 ein wichtiger Partner für die wissenschaftliche Aufarbeitung des Antiziganismus. Seit 2022-2023 steht der Zentralrat im Austausch mit dem DIMR um die Forschung und Untersuchung von Antiziganismus in der Polizeiarbeit zu stärken.

2.2.7. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft

Der Zentralrat ist im Kuratorium des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) vertreten. Am 7. Juli nahm der Politische Referent des Zentralrats, Aert van Riel, am Gremien-Fachtag des IDZ in Jena teil. Zum ersten Mal seit Bestehen des Instituts diskutierten die Mitglieder des Kuratoriums gemeinsam mit Vertretern des Wissenschaftlichen Beirats. Themen des Austauschs waren die Strategie des IDZ und aktuelle soziale und politische Herausforderungen für die Demokratie(forschung) in Thüringen und

darüber hinaus, insbesondere auch im Hinblick auf die Kommunal- und Landtagswahlen in Thüringen im Jahr 2024. Aert van Riel informierte bei der Tagung über den strukturellen und institutionellen Rassismus gegenüber Roma, die vor dem russischen Angriffskrieg aus der Ukraine geflüchtet sind, in der Bundesrepublik allgemein, und speziell über Meldungen, die bei der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus zu Diskriminierungen von ukrainischen Roma in Thüringen eingegangen sind. Darüber hinaus nahm Aert van Riel am 11. Oktober in Weimar an einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Der Holocaust als Transgenerationales Trauma bei Nachkommen von Überlebenden“ teil, die das IDZ organisierte. Zweiter Guest war der Vorsitzende des Vorstands von Amcha Deutschland, Lukas Welz. Aert van Riel berichtete über die Folgen der „zweiten Verfolgung“ von Sinti und Roma in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 für die Überlebenden des Holocausts.

3. Institutionelle Rahmenbedingungen zur Bekämpfung des Antiziganismus

3.1. Umsetzung der Empfehlungen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus

Mit der Einsetzung der Unabhängigen Kommission Antiziganismus (UKA) durch die Bundesregierung im März 2019 auf Grundlage des Entschließungsantrages des Deutschen Bundestages wurde eine langjährige Forderung des Zentralrats umgesetzt. Der Zentralrat begrüßt ausdrücklich die in dem 800-seitigen Abschlussbericht unter dem Titel „Perspektivwechsel – nachholende Gerechtigkeit und Partizipation“ formulierten über 60 Empfehlungen und sechs zentralen Forderungen der UKA, die im Juni 2021 der damaligen Bundesregierung und dem Bundestag vorgelegt wurden. Am 13. Juli 2021 wurde der Bericht vom Vorsitzenden des Zentralrats, Romani Rose, gemeinsam mit Bundesinnenminister Horst Seehofer auf der [Bundespressekonferenz](#) vorgestellt. Der Zentralrat fordert die Bundesregierung zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der UKA auf. Ausführliche Stellungnahme des Zentralrats mit Bezug auf die spezifischen Themen und Empfehlungen der UKA (24. Juni 2021): [Website](#).

3.2. Entschließungsantrag des Deutschen Bundestages

Der im Dezember 2023 überfraktionell verabschiedete [Entschließungsantrag des Deutschen Bundestags zur Ächtung und Bekämpfung von Antiziganismus](#) stellt einen wichtigen historischen Schritt für die Minderheit in Deutschland und einen großen Erfolg des Zentralrats dar. Damit drücken die Parteien ihre Anerkennung der historischen Verantwortung für die sechshundertjährige deutsche Geschichte der Minderheit und den Holocaust aus, die auch in den Reden der Plenardebattie am 14.12.2023 deutlich wurde. Der Deutsche Bundestag hat mit dem Entschließungsantrag wegweisende Handlungsempfehlungen ausgesprochen und Maßnahmen empfohlen, damit die zentralen Empfehlungen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus umgesetzt werden. Der Beschluss definiert auch die Verantwortung und die Aufgaben der Bundesregierung und der Länder für die nächsten Jahre. [Pressemitteilung](#) und [zentrale Punkte des Entschließungsantrags](#).

3.3. Anerkennung der IHRA Arbeitsdefinition von Antiziganismus

Der Zentralrat begrüßt, dass das Bundeskabinett am 31.03.2021 die [nicht-rechtsverbindliche Arbeitsdefinition von Antiziganismus](#) der Internationalen Allianz zum Holocaust-Gedenken (IHRA) angenommen hat, ebenso wie das [Bundeskriminalamt](#) am 27.01.2023 sowie nicht-staatliche Akteure wie die [Evangelische Kirche in Deutschland](#), die [Deutsche Bahn](#), [1. FSV Mainz 05](#) und der [jüdische Sportverband Makkabi](#); der Zentralrat empfiehlt allen Bundesländern und nachgeordneten Behörden, die IHRA Arbeitsdefinition Antiziganismus zu übernehmen und das Bewusstsein über Antiziganismus innerhalb der Institutionen zu stärken.

3.4. Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland

Der Zentralrat unterstützt wichtige Maßnahmen des [Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma](#), Dr. Mehmet Daimagüler. Der Zentralrat fordert die Bundesregierung auch für den Haushalt 2024-2025 auf, das Amt mit den notwendigen Mitteln (Personal, Finanzen, Mittel zur Projektförderung) und dem entsprechenden Mandat auszustatten ([ressortübergreifende Koordination, etc.](#)). Der Beauftragte soll gezielte Programme und Maßnahmen zur Bekämpfung von Antiziganismus fördern sowie einmal pro Legislaturperiode einen umfassenden Bericht der Bundesregierung koordinieren, erstellen und dem Bundestag vorlegen. Der Zentralrat begrüßt die vom Beauftragten 2022-2023 auf den Weg gebrachten Initiativen zur Einrichtung einer Bund-Länder-Kommission, einer Kommission zur Aufarbeitung der zweiten Verfolgung, die Einrichtung

eines Rechtshilfenetzwerkes wie auch den Beginn von jährlichen Aktionswochen gegen Antiziganismus und für das Leben von Sinti und Roma ab 2024.

3.5. Berufung von Beauftragten gegen Antiziganismus durch die Landesregierungen

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma begrüßt die [Benennung von Justizministerin Doreen Denstädter](#) zur ersten Beauftragten gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Thüringen. Das Land setzt damit eine zentrale Forderung der 2019 von der Bundesregierung berufenen Unabhängigen Kommission Antiziganismus für den Freistaat Thüringen um. [Der Zentralrat fordert alle anderen Bundesländer auf, dem Beispiel von Thüringen zu folgen und Länderbeauftragte gegen Antiziganismus mit einem offiziellen Mandat und Titel einzusetzen sowie ein Budget zur Umsetzung der UKA Handlungsempfehlungen auf Länderebene bereitzustellen.](#)

3.6. Bund-Länder-Kommission

[Der Zentralrat empfiehlt – in Anlehnung an die Empfehlung der Unabhängigen Kommission Antiziganismus – der Bundesregierung, auf die Länder mit dem Ziel zuzugehen, den Austausch über und die Abstimmung von Maßnahmen zur Antiziganismusbekämpfung und -prävention weiter zu verbessern und hierfür eine Bund-Länder-Kommission einzurichten.](#) Zahlreiche Maßnahmen im Kampf gegen den Antiziganismus fallen in die Zuständigkeit der Länder. Der Bund kann in diesem Zusammenhang meist nur Ideengeber sein. Um die Abstimmung länderspezifischer Maßnahmen zu verbessern, soll der Antiziganismusbeauftragte auch eine Koordinierungsfunktion für Bund, Länder und Kommunen übernehmen. Die Bundesländer werden aufgefordert, eigenständige Maßnahmen zur Antiziganismusbekämpfung in den Landesprogrammen zur Rassismus- und Extremismusprävention zu verankern, zielgruppenspezifische Aufklärungskampagnen zum Antiziganismus zu etablieren respektive zu verbessern und sich gemeinsam mit dem Bund darüber auszutauschen.

3.7. Nationale Strategie gegen Antiziganismus

[Der Zentralrat fordert die Bundesregierung und den Bundesbeauftragten gegen Antiziganismus auf, eine nationale Strategie gegen Antiziganismus unter Beteiligung der Länder und der Selbstorganisationen zu entwickeln, zu koordinieren und regelmäßig zu evaluieren und über die Umsetzung dem Bundestag Bericht zu erstatten.](#) Die Nationale Strategie soll die Empfehlungen der UKA und die im Februar 2022 entwickelte [Strategie "Antiziganismus bekämpfen, Teilhabe sichern!"](#) des Bundesinnenministeriums aufgreifen und auf Basis der Partizipation der Minderheit, der Bundesländer und Kommunen weiterentwickeln und ersetzen. Der Zentralrat bekräftigt die Bedeutung, dass die im März 2021 angenommene [EU Strategie für Gleichstellung, Inklusion und Partizipation von Sinti und Roma für 2021 bis 2030](#) von der Bundesregierung durch eine nationale Strategie umgesetzt wird, dass angemessene Mittel bereitgestellt werden, dass die Partizipation der Selbstorganisationen der Minderheit in allen Phasen der Planung, Umsetzung und Evaluation sichergestellt wird, dass im Rahmen eines von der ADS moderierten Prozesses Rahmenbedingungen und Ansätze für das Monitoring und die Evaluation der Strategie entwickelt werden und dass insbesondere die EU Fördermittel von ESF+ und EHAP+ zur Umsetzung der Strategie sowohl durch Mainstream als auch durch zielgruppenorientierte Maßnahmen eingesetzt werden.

Der von der [Bundesregierung im Februar 2022 vorgelegte neue strategische Rahmen \(NRSF\) für Deutschland](#) stellt eine positive Entwicklung im Vergleich zum vorherigen dar ([siehe Monitoringbericht des Zentralrats von 2022](#)), die Bekämpfung des Antiziganismus steht im Mittelpunkt. Er enthält ein Paket relevanter Maßnahmen, wie die Ernennung eines Bundesbeauftragten gegen Antiziganismus, die Stärkung der Nationalen Kontaktstelle für Sinti und Roma (NRCP) und die Einrichtung der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) zur Überwachung antiziganistischer Vorfälle und Straftaten. Trotz des Berichts der UKA versäumt es der deutsche NRSF, viele dringend erforderliche Maßnahmen im Zusammenhang mit den verschiedenen Ausdrucksformen von Antiziganismus anzusprechen. Zur Umsetzung der EU-Strategie hatte der Zentralrat der Bundesregierung bereits

frühzeitig einen [ersten Aktionsplan sowie eine ausführliche Stellungnahme zur EU-Strategie](#) sowie [drei umfassende zivilgesellschaftliche Monitoringberichte zur letzten Strategie](#) vorgelegt.

3.8. Aufbau der Nationalen Kontaktstelle für Sinti und Roma im BMFSFJ

Der Zentralrat begrüßt den Plan des Aufbaus einer „Nationalen Kontaktstelle für Sinti und Roma (NRCP)“ zur Koordination und Umsetzung des „Strategischen EU-Rahmens für Gleichstellung, Inklusion und Partizipation der Sinti und Roma bis 2030“. Diese muss mit adäquaten Ressourcen, mit Personal und Kompetenzen und zur Etablierung umfassender Konsultationsmechanismen mit der Zivilgesellschaft ausgestattet sein und sollte eng mit dem neuen Antiziganismusbeauftragten der Bundesregierung zusammenarbeiten.

3.9. Umsetzung der EU-Förderprogramme in Deutschland

Der Zentralrat hat sich in der letzten Legislaturperiode an das BMAS gewandt mit der Forderung, dass im Rahmen der neuen EU-Förderprogramme für 2021-2027 die Umsetzung des neuen EU-Rahmens und die Bekämpfung von Antiziganismus eine große Priorität haben. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die notwendige Bekämpfung von Armut von benachteiligten Sinti und Roma sowie für den gleichberechtigten Zugang für Sinti und Roma zu angemessenem Wohnraum, zu Beschäftigung, Bildung und Gesundheit. Im Rahmen der Förderprogramme, insbesondere im ESF+ und EFRE, müssen diese Punkte auch angemessen finanziell ausgestattet werden, wobei auch neue Instrumente zur Umsetzung der Programme entwickelt werden müssen, um die Programmmittel effektiv einzusetzen und kontrollieren zu können. Die Bundesländer sind ebenfalls dazu aufgefordert, die Bekämpfung von Antiziganismus und die gleichberechtigte Teilhabe von Sinti und Roma in ihren operationellen Programmen prioritär aufzunehmen und durch Mainstreammaßnahmen, wie auch durch spezifische Maßnahmen, umzusetzen. Im Rahmen des Querschnittsziels zur Nichtdiskriminierung und Gleichstellung sollte die Bekämpfung von Antiziganismus als ein Teilespekt umfassende Berücksichtigung finden.

3.10. Evaluation und Berichterstattung

Der Zentralrat fordert die Bundesregierung auf, dem Deutschen Bundestag über den Umsetzungsstand und die Bewertung der Handlungsempfehlungen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus bis Ende 2024 und in Zukunft einmal pro Legislaturperiode zu berichten. Der Zentralrat fordert die Bundesregierung auf, Instrumente und Maßnahmen zur Evaluation der Strategie und Maßnahmen auf Bund- und Länderebene zu entwickeln, sowie die notwendigen Ressourcen für langfristige [zivilgesellschaftliche](#) und unabhängige wissenschaftliche Monitoringprozesse und -berichte bereitzustellen.

3.11. Erhebung und Gleichstellungs- und Partizipationsdaten

Der Zentralrat und die ihm angeschlossenen Landes- und Mitgliedsverbände sind grundsätzlich gegen die staatliche Erfassung ethnischer Daten; diese Position wurde mehrfach gegenüber der Bundesregierung und auch gegenüber internationalen Institutionen deutlich gemacht und ist ebenfalls die Grundsatzposition des Minderheitenrates der vier autochthonen nationalen Minderheiten, in dem der Zentralrat Mitglied ist. Hintergrund für die ablehnende Haltung ist auf Seiten des Zentralrats und seiner Landes- und Mitgliedsverbände der Völkermord an den Sinti und Roma während des Nationalsozialismus. Die Verfolgung und Ermordung der Sinti und Roma in Deutschland war möglich aufgrund der nahezu vollständigen Erfassung der Sinti und Roma durch die Polizeibehörden des Reichs wie der deutschen Länder, aber auch durch die ethnische Kennzeichnung, die in allen anderen Bereichen des behördlichen Handelns, vom Arbeitsamt bis zu den Schulen, vorgenommen wurde. Der Zentralrat organisierte im September 2018 ein geschlossenes Fachgespräch zur Frage, welche Instrumente und Methoden in der qualitativen und quantitativen Forschung zur Datenerhebung geeignet sind, um Antiziganismus, Diskriminierung und Ungleichbehandlung zu messen und welche

grundlegenden Richtlinien dabei beachtet werden müssen, um den Grundsatz zu wahren, keine ethnischen Daten zu erheben. Die [Dokumentation des Fachgesprächs](#), der [Abschlussbericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus](#), die [zivilgesellschaftlichen Monitoringberichten zur EU Strategie](#), aber auch die wissenschaftlichen Beiträge von [Reuss/Mack](#), und [Mack](#) zu Datenerhebung liefern wichtige Beiträge zu dieser Debatte.

Der Zentralrat begrüßt, dass im Rahmen eines von der ADS moderierten Prozesses Rahmenbedingungen und Ansätze für das [Monitoring und die Evaluation der EU-Strategie](#) entwickelt werden sollen.

4. Rechtlicher Rahmen zum Schutz vor Diskriminierung

4.1. Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes

Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung sieht eine Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) vor. Der Zentralrat setzte sich 2022 und 2023 mit Partnern dafür ein, die AGG-Reform einzufordern und die wichtigsten Reformanforderungen der Politik zu kommunizieren. Antidiskriminierungsverbänden und -organisationen muss das Recht auf die Einreichung von Verbandsklagen im Namen der Opfer sowie zur Prozessstandschaft zugestanden werden. Der Zentralrat fordert ebenfalls die Ausweitung des AGGs auf den staatlichen Bereich. Ein hohes Ausmaß an diskriminierende Praktiken gegen Minderheitsangehörige geht von staatlichen Institutionen aus. Das [Land Berlin mit seinem LADG](#) steht beispielhaft für diese Entwicklung. Der Zentralrat begrüßt die Empfehlung des Ministerkomitees zur Stärkung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), in deren Beirat der Zentralrat seit 2010 aktiv mitwirkt.

4.2. Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts

Der Zentralrat gab am 16. Juni eine umfangreiche Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern und für Heimat für ein Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts ab. Der Zentralrat fordert, dass mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts die erheblichen Auswirkungen der vielfältigen nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungsmaßnahmen gegenüber Sinti und Roma berücksichtigt werden. Neben der kollektiven Verfolgung und dem systematischen Vernichtungswillen gegenüber der gesamten Minderheit der Sinti und Roma sind insbesondere Fälle von Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit nach 1945 von Bedeutung. Daher ist es notwendig, für Überlebende und deren Nachkommen die Rückgabe und/ oder Anerkennung der Deutschen Staatsbürgerschaft zu erleichtern, und dabei auch Mechanismen zu schaffen, um den Verlust von Identitätsnachweisen aufgrund der NS-Verfolgung anzuerkennen. Darüber hinaus begrüßt der Zentralrat die Ermöglichung der Mehrstaatigkeit und die Anerkennung der Leistungen der „Gastarbeitergeneration“, zu denen auch viele Sinti und Roma gehören.

4.3. Demokratiefördergesetz

Der Zentralrat unterstützt die Initiative für ein Demokratiefördergesetz, das die wichtige Aufgabe von zivilgesellschaftlichen Organisationen zum Schutz und zur Förderung der demokratischen Kultur anerkennt und langfristig fördert. Der Zentralrat empfiehlt die Verfestigung der tragenden Strukturen des Programms „Demokratie Leben“, so auch das Bildungsforum gegen Antiziganismus als Kompetenzzentrum in diesem Bereich.

4.4. Gesetz gegen Hass im Internet

Seit dem 01.01.2018 ist das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) in Deutschland gültig. Es gibt an 'offensichtlich-strafbare' Inhalte innerhalb von 24 Stunden zu löschen. Der Zentralrat führte 2018 mit der Facheinrichtung jugendschutz.net ein Monitoring von Antiziganismus im Internet durch, veröffentlichte eine [Stellungnahme](#) und organisierte [Seminare](#) für Angehörige der Minderheit und eine [internationale Konferenz](#). Der Zentralrat begrüßte, dass in einem [Gerichtsurteil von Januar 2023](#) die rassistische Volksverhetzung konsequent verfolgt und die antiziganistische Tatmotivation benannt wurde.

4.5. Gesetz gegen digitale Gewalt

Der Zentralrat fordert in seiner [Stellungnahme](#) das Justizministerium dazu auf, dass die vom Ministerium vorgelegten Eckpunkte zum Gesetz gegen digitale Gewalt erweitert werden sollen. Der

Anspruch auf Accountsperren muss auch in Fällen von Verstößen gegen § 130 Volksverhetzung - StGB eingeräumt werden. Denn Sinti und Roma sind in Sozialen Netzwerken und auf anderen Plattformen immer wieder digitaler Gewalt ausgesetzt. Dabei kommt es auch zu volksverhetzenden Inhalten.

4.6. Gesetz zur Neustrukturierung des Bundespolizeigesetzes

Der Zentralrat begrüßt es grundsätzlich, dass das Bundesministerium des Innern und für Heimat gegen das gesetzeswidrige „Racial Profiling“ durch die Bundespolizei vorgehen will. Polizeikontrollen sollen nicht mehr auf Grund von ausschließlich äußerer Merkmalen möglich sein. Hierzu steht eine Novellierung des Bundespolizeigesetzes von 1994 an. Kontrollquittungen für die Betroffenen reichen aber nicht aus. Der Zentralrat plädiert dafür, dass anlasslose Polizeikontrollen, die auf der Praxis des „Racial Profiling“ beruhen, in Zukunft ausgeschlossen werden müssen. Dafür müssen die Befugnisse gestrichen werden, nach denen Angehörige der Bundespolizei ohne jeden Anlass Menschen zum „Zweck der Migrationskontrolle“ kontrollieren dürfen. [Stellungnahme](#)

4.7. Gesetz zur Modernisierung des Strafverfahrens: Diskriminierungsgefahren durch DNA-Analysen

In einer [Stellungnahme](#) zur Modernisierung des Strafverfahrens (2019) warnt der Zentralrat vor den Diskriminierungsgefahren durch erweiterte DNA-Analysen.

5. Maßnahmen zur Bekämpfung und zum Monitoring von Antiziganismus

5.1. Erfassung antiziganistischer Vorfälle und Straftaten, Daten zu Hasskriminalität

Die Hemmschwelle, Sinti und Roma in Deutschland verbal und physisch anzugreifen, ist weiterhin sehr niedrig, wie die [Zahlen der Bundesregierung zu antiziganistischen Straftaten belegen](#). Seit 2017 wird Antiziganismus als eigenständige Kategorie in der Statistik des Bundes für Politisch motivierte Kriminalität (PMK) erfasst. Seitdem haben die Fallzahlen stetig zugenommen und sich bis 2020 mehr als verdreifacht. (Fallzahlen: 2017: 41; 2018: 63; 2019: 81; 2020: 128; 2021: 109; 2022: 145; 2023: 171). Die Fallzahlen auf niedrigem Niveau zeigen, dass nur ein Bruchteil der Straftaten von Betroffenen zur Anzeige gebracht wird. Das mangelnde Vertrauen in die Strafverfolgung ist einer von vielen Gründen. Denn allzu oft werden Straftaten von Polizei- und Strafverfolgungsbehörden nicht als antiziganistisch motiviert angesehen oder bagatellisiert. Hinzu kommt das historisch stark vorbelastete Verhältnis von Sinti und Roma zu staatlichen Strukturen, insbesondere zu Polizeibehörden.

Der Zentralrat fordert die Bundesregierung auf, die Erfassung antiziganistischer Straftaten durch die Sicherheitsbehörden weiter zu verbessern. Die Schaffung entsprechender Strukturen soll den Betroffenen das Anzeigen antiziganistischer Straftaten erleichtern und damit Dunkelziffern reduzieren. Antiziganistische Straftaten sollen im Bericht zur „Politisch motivierten Kriminalität“ jährlich gesondert ausgewiesen und durch eine Verlaufsstatistik ergänzt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, durch den Bundesbeauftragten gegen Antiziganismus prüfen zu lassen, ob der strafrechtliche Schutz der Minderheit gegen Hasskriminalität ausreichend gegeben ist, bzw. welcher gesetzliche Änderungsbedarf besteht, so sollte der Katalog der Strafzumessungsgründe in § 46 Absatz 2 Satz 2 StGB um „antiziganistisch“ ergänzt werden.

5.2. Aufbau der Melde- und Informationsstelle (MIA)

Die vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma initiierte und aufgebaute [Melde- und Informationsstelle Antiziganismus \(MIA\)](#) erfasst, dokumentiert und wertet seit Januar 2022 antiziganistische Vorfälle aus. Die zuerst durch das BMI und seit September 2022 durch das BMFSFJ geförderte Meldestelle ist seit der Auftaktveranstaltung in Berlin regelmäßig in der Öffentlichkeit vertreten. MIA befindet sich im Prozess des Aufbaus eines Netzwerks von Selbstorganisationen und Sozial- und Antidiskriminierungsstellen zur Vorfallmeldung und für die Unterstützung von Betroffenen. Zivilgesellschaftliche, aber auch staatliche Akteure sollten für das Erkennen und Melden antiziganistischer Vorfälle stärker sensibilisiert werden. Am 26. März 2023 wurde in Berlin der Verein MIA – Melde- und Informationsstelle Antiziganismus gegründet, der ab September 2023 die Trägerschaft der Meldestelle übernimmt. Innerhalb eines Jahres hat es MIA geschafft, eine funktionsfähige Bundesgeschäftsstelle mit drei regionalen Meldestellen aufzubauen, in Rheinland-Pfalz, Berlin und Sachsen, weitere Meldestellen in Bayern und Hessen und weiteren Bundesländern befinden sich im Aufbau. Der Zentralrat fordert von der Bundesregierung die Verfestigung der Mittel über 2024 hinaus und fordert die Bundesländer auf, den Aufbau und die Umsetzung von regionalen Meldestellen zu fördern.

5.3. Antiziganismus und Polizei- und Sicherheitsbehörden

Der Zentralrat betrachtet die Unterzeichnung der Vereinbarung „[Gemeinsam gegen Antiziganismus – Erklärung des Bundeskriminalamts und des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma zur künftigen Zusammenarbeit](#)“ am 27. Januar 2023 als historischen Meilenstein und empfiehlt die kritische Auseinandersetzung in den Polizeibehörden in Bund, Ländern und Gemeinden anzustossen und sich mit den problematischen Traditionen des eigenen Behördenapparates kritisch auseinanderzusetzen. Der Zentralrat fordert eine Aufarbeitung der Geschichte der Landeskriminalämter in der NS-Zeit und

seit der Gründung der Bundesrepublik bis heute ([siehe BLKA](#)). Die führende Rolle der Kriminalpolizei beim NS-Völkermord sollte integraler Bestandteil der Ausbildung von Polizeibediensteten sein, ebenso die personellen und ideologischen Kontinuitäten nach 1945. Seit 2020 besteht eine Kooperation zwischen Zentralrat und der Hochschule des BKA, im Rahmen der Diversitäts- und Antirassismus-Lehrveranstaltungen finden regelmäßige Workshops zum Thema Antiziganismus statt. Zudem besteht eine Kooperation im Ausbildungsbereich mit der Berliner Polizeiakademie und der Bundespolizei; Landesverbände des Zentralrats geben ebenfalls Weiterbildungen auf Landesebene.

5.4. Verbot der rassistischen Sondererfassung durch Polizei und Justiz

Die deutsche Polizei hat über 250 Jahre hinweg eine zentrale Rolle bei der Erfassung und Verfolgung von Sinti und Roma gespielt und auch die NS-Vernichtungspolitik maßgeblich organisiert. Zur Gegenwart liegen kaum empirische Untersuchungen vor. Selbstorganisationen kritisieren jedoch Verstöße gegen das Diskriminierungsverbot, beispielsweise durch antiziganistische Deutungen in Polizeipressemeldungen.

Im Juli 2023 brachte der Zentralrat der Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, Iris Spranger, seine Fassungslosigkeit zum Ausdruck, dass mit der willkürlichen, polizeilichen Zuordnung wie „Roma-Clankriminalität“ wieder eine präventive und systematische Erfassung der gesamten Minderheit gerechtfertigt und fortgesetzt wird. So wurden im „[Lagebild zur Clankriminalität 2022 in Niedersachsen](#)“, das am 26. Juni dieses Jahres von der Ministerin für Inneres und Sport, Daniela Behrens, und der Justizministerin, Dr. Kathrin Wahlmann, vorgestellt wurde, Eigentumsdelikte von den Ermittlungsbehörden einer „Großfamilie aus der Ethnie der Roma“ zugeschrieben und zur sogenannten Clankriminalität erklärt. Straftaten müssen nach Ansicht des Zentralrats selbstverständlich verfolgt und bestraft werden ohne Ansehen der Person.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma wehrt sich und kritisiert, dass in diesem Bericht ([wie bereits zuvor in Berlin 2018-2019](#)) Straftaten, die man Angehörigen unserer Minderheit zuordnet, zusätzlich mit dem Hinweis auf ihre Abstammung und neuerdings mit dem Vermerk Clankriminalität versieht. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma sieht darin eine ungebrochene Praxis der tief eingewurzelten, rassistischen Sondererfassung durch Polizei- und Ermittlungsbehörden gegenüber der Minderheit, die ganze Familien in den Blick einer polizeilichen Prävention und Strafverfolgung nimmt.

Auch nach dem Holocaust wurde diese grundgesetzwidrig Sondererfassung mit Begriffen wie „Häufig wechselnder Aufenthaltsort“ (HWAO), „Mobile ethnische Minderheit“ (MEM) und „Landfahrer“ als Synonyme für Sinti und Roma fortgesetzt. Der Zentralrat fordert ein explizites Verbot der Sondererfassung, die Untersuchung der Vorfälle in mehreren Bundesländern durch Datenschutzbeauftragte, die Einrichtung von unabhängigen Beschwerdestellen für die Polizeiarbeit und ein sichtbares Bekenntnis der Polizeibehörden gegen Antiziganismus.

5.5. Rechtsextremismus

Die rechtsextremen Terrorangriffe von München (2016) und Hanau (2020) haben vor Augen geführt, dass auch Sinti und Roma von der tödlichen Gewalt betroffen sind. 30 Jahre nach den pogromartigen Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen kam es in den letzten Jahren vermehrt zu rassistischer Hetze und Gewalt gegen die Minderheit, insbesondere häuften sich Brandanschläge auf Unterkünfte von geflüchteten Roma aus der Ukraine, aus Moldau und dem Westlichen Balkan. Der Zentralrat begrüßte, dass in dem Prozess gegen die Täter des [rassistischen Brandanschlags im Alb-Donau-Kreis](#) der Antiziganismus als Tatmotiv benannt wurde. Der Zentralrat sieht mit großer Sorge die Schändungen des Holocaust-Denkmales und von Gedenkstätten ([2023, 2022, 2020, 2019](#)).

Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, verurteilte am 19. Mai den jüngsten Anschlag auf das Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma Europas in Berlin. Der Täter hatte nach Angaben der Polizei mit einer Eisenstange auf die Informationstafeln am Denkmal eingeschlagen und eine Ausstellungstafel beschädigt. „Die Tat erfüllt uns mit Entsetzen und Abscheu.“

Dieser Angriff zielt auf die Menschen, die durch die Nazibarbarei im Holocaust ihr Leben verloren haben. Er zielt auf uns alle, auf jeden Menschen mit Verantwortungsbewusstsein aus der Erfahrung der Geschichte“, erklärte der Zentralratsvorsitzende Romani Rose. Hier gehe es nicht nur um Sachbeschädigung, der nachgegangen werden müsse, sondern das Motiv der Tat müsse bei den Ermittlungen im Vordergrund stehen, forderte Romani Rose.

5.5.1. Sonderfall: Brand einer Flüchtlingsunterkunft in Apolda

Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, reagierte am 9. Juni bestürzt auf den Brand in der Flüchtlingsunterkunft im thüringischen Apolda, bei dem ein Kind ums Leben gekommen war und mindestens elf weitere Personen verletzt wurden. „Unser Mitgefühl gehört allen Opfern, jedoch insbesondere der Mutter des Kindes, die als Kriegsflüchtling aus ihrer Heimat nach Deutschland geflohen ist“, sagte der Zentralratsvorsitzende Romani Rose. Das Todesopfer kommt aus einer ukrainischen Roma-Familie, die vor Kurzem vor dem russischen Angriffskrieg geflohen ist.

„Da ein Fremdverschulden derzeit nicht ausgeschlossen werden kann, erwarten wir von Thüringens Innenminister Maier und den zuständigen Ermittlungsbehörden eine lückenlose Aufklärung der Brandursache. Es muss jeglicher Anschein des Fremdverschuldens ausgeschlossen werden. Sollte der Brand erneut durch technische Mängel ausgelöst worden sein, bitten wir den Innenminister, auf Bundesebene initiativ zu werden, um derartige Probleme, die bereits in der Vergangenheit zu Bränden und Todesopfern in Flüchtlingsunterkünften geführt haben, zukünftig auszuschließen“, forderte Romani Rose.

Der Thüringer Minister für Inneres und Kommunales, Georg Maier, sicherte Romani Rose in einem Schreiben vom 18. Juli zu, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass solche Unfälle zukünftig auszuschließen sind.

5.6. Beratungsarbeit zum Schutz vor Diskriminierung

Die Beratungsarbeit für die Angehörigen der Minderheit deutscher Sinti und Roma ist von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass ihre Anliegen und Herausforderungen angemessen adressiert werden. In diesem Zusammenhang sind der Zentralrat und seine Landesverbände erste Ansprechpartner auf bundesweiter Ebene. Mit ihrem fundierten Wissen und ihrer Erfahrung können sie gezielt unterstützen und kompetente Beratungsarbeit anbieten. Die Mitgliedsverbände fungieren als erste Anlaufstelle für alle Fragen des Alltagslebens und stehen den Betroffenen mit Rat und Tat zur Seite. Sie sind sensibilisiert für die Bedürfnisse der Menschen und verstehen die vielfältigen Probleme, mit denen sie konfrontiert sind. Durch ihre Expertise können sie individuelle Lösungen finden und wertvolle Unterstützung in schwierigen Situationen bieten.

Besonders wichtig ist der Beitrag der Mitgliedsverbände bei der Bewältigung von Diskriminierungserfahrungen. Sie engagieren sich aktiv gegen Diskriminierung und setzen sich für die Rechte und Gleichstellung der Minderheit ein. Allerdings bestehen große Herausforderungen bei der flächendeckenden Bereitstellung niederschwelliger Antidiskriminierungsberatung, und das Angebot in diesem Bereich hat noch erhebliches Ausbaupotenzial. Es ist von großer Bedeutung, dass die Beratungsstellen in den Landesverbänden über ausreichende qualitative Ressourcen verfügen, um psychosoziale und rechtliche Beratung anbieten zu können.

Die Erkenntnisse und Empfehlungen der Studie "Gut beraten! Auf dem Weg zu einer flächendeckenden Antidiskriminierungsberatung in Deutschland. Aktueller Stand und konzeptionelle Eckpunkte" vom August 2022 sollten auch für die Angehörigen der Minderheit umgesetzt werden. Die Beratungsstellen der Landesverbände in den einzelnen Bundesländern können als Vermittler zwischen den Landes- und Kommunalebene fungieren. Wir fordern, dass unabhängige und qualifizierte Antidiskriminierungsstellen, die auch in Trägerschaft des Zentralrats und seiner Verbände sind, gesetzlich im Rahmen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) verankert werden. Dabei sollte auch angemessen auf den Ressourcenbedarf eingegangen werden.

5.7. Engagement der Sinti und Roma Selbstorganisationen gegen Antiziganismus

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die dadurch ausgelöste Flüchtlingswelle hat auch unser Haus vor große Herausforderungen gestellt. In der Ukraine leben schätzungsweise 400.000 Roma, deren Lage der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma seit Ausbruch des Krieges im Februar 2022 aufmerksam beobachtet hat. Auf Initiative des Zentralrats und des Dokumentations- und Kulturzentrums und auf Grund des hohen Bedarfs an Unterstützung für geflüchtete Menschen aus der Ukraine nach Beginn des russischen Angriffskriegs hat das Dokumentationszentrum seit Juni 2022 eine [Telefonhotline](#) für aus der Ukraine geflüchtete Roma eingerichtet. Aus Sicht des Zentralrats war es einerseits erforderlich, dass geflüchtete Menschen gleichberechtigten Zugang zu allen staatlichen und nicht-staatlichen Strukturen und Dienstleistungen erhielten. Gleichzeitig war ein zielgruppenspezifisches Beratungsangebot auf Grund der vielfachen Auswirkungen des Antiziganismus notwendig. Auch wenn die Zielgruppe nicht die nationale Minderheit ist, sollte das große Engagement der nationalen Minderheit für Nichtdiskriminierung, humanitäre Hilfe und Inklusion gewürdigt und gefördert werden als ein Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

6. Anerkennung und Aufarbeitung des systematischen Unrechts gegenüber Sinti und Roma

6.1. Anerkennung des NS-Völkermords an Sinti und Roma

Der Zentralrat begrüßt die wissenschaftlichen Untersuchungen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus von Juni 2021 zu den Dimensionen und Auswirkungen des Holocaust an 500.000 Sinti und Roma im NS-besetzten Europa, die erstmals 1982 von Bundeskanzler Helmut Schmidt anerkannt wurde, sowie das fortgesetzte systematische Unrecht an Sinti und Roma nach 1945. Das fortgesetzte Unrecht nach 1945 wurde erstmalig als „[zweite Verfolgung](#)“ von [Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier](#) am 24. Oktober 2022 anerkannt, anlässlich des 10. Jahrestages der Übergabe des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas. [Der Zentralrat begrüßt die Debatte und den Beschluss des Deutschen Bundestags von Dezember 2023, in dem die Anerkennung des Unrechts explizit von Seiten des Bundestages ausgesprochen und der 2. August als Europäischen Holocaust Gedenktag für Sinti und Roma anerkannt wird. Der Bundestag ruft dazu auf, den 80. Jahrestag am 2. August 2024 würdig zu begehen.](#)

6.2. Kommission zur Aufarbeitung des Unrechts nach 1945

Der Zentralrat fordert – in Anlehnung an die Forderung der Unabhängigen Kommission Antiziganismus – die Bundesregierung auf, [die Einrichtung einer Kommission zur Aufarbeitung des an Sinti und Roma begangenen Unrechts in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR nach 1945 zu unterstützen](#) und an der umfassenden historischen Aufarbeitung der Rolle von öffentlichen Behörden auf kommunaler, Landes- und Bundesebene bei der Verfolgung von Sinti und Roma in der Bundesrepublik aktiv mitzuarbeiten und die Sicherung, Erschließung und Zugänglichmachung der relevanten Aktenbestände zu fördern, insbesondere Quellen aus der Zeit des Nationalsozialismus, aus dem Bereich der Wiedergutmachung, der juristischen Aufarbeitung sowie Personalakten der vormaligen Täter. Der Zentralrat rechnet mit einer Einsetzung der Kommission im Jahr 2024.

6.3. Aufarbeitung der Entschädigung anlässlich des 70. Jahrestages des Luxemburger Abkommens

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma erwartet von der Bundesregierung anlässlich des 70. Jahrestages des Luxemburger Abkommens (September 2022) konkrete Schritte zur Aufarbeitung der unvorstellbaren Nachkriegspraxis gegenüber Sinti und Roma in der Entschädigungspolitik, die der [Zentralrat in einer Stellungnahme](#) darstellt und die Gegenstand des Beschlusses des Deutschen Bundestages von Dezember 2023 ist. [Es bedarf jetzt der vielfach geforderten nachholenden Gerechtigkeit, es bedarf der Aufarbeitung der skandalösen Nachkriegsgeschichte der verweigerten Entschädigung von Sinti und Roma, um dieser historischen Verpflichtung für unsere Demokratie tatsächlich zu entsprechen.](#)

6.4. Entschädigung für die Opfer der NS-Verfolgung

Die von der Bundesregierung berufene Unabhängige Kommission Antiziganismus (UKA), die im Jahr 2021 ihren Abschlussbericht vorlegt hat, hat die Bundesregierung dazu aufgefordert, das Nachkriegsunrecht gegenüber Sinti und Roma umfassend aufzuarbeiten und insbesondere im Bereich der Entschädigung den wenigen noch lebenden überlebenden Sinti und Roma in Deutschland und in Europa ein Leben in Würde zu ermöglichen. Der Zentralrat fordert Bundestag und Bundesregierung auf, die im Bericht der UKA nachgewiesene jahrzehntelange Ungleichbehandlung der betroffenen Sinti und Roma in der "Wiedergutmachung" anzuerkennen und eine [Gleichstellung der Sinti und Roma NS-Verfolgten mit jüdischen NS-Verfolgten vonseiten des Gesetzgebers und in der Verwaltungspraxis sicherzustellen](#). [Der Zentralrat empfiehlt der Bundesregierung, die humanitären Hilfsprogramme für](#)

NS-Überlebende Sinti und Roma, die bereits seit Jahren erfolgreich von der Stiftung EVZ umgesetzt werden, für die letzten Lebensjahre der alten Menschen auszubauen und zu fördern. Der Zentralrat verweist auf den Bundestag Entschließungsantrag und seine umfassende Stellungnahme zur Entschädigung.

6.5. Zukünftige Aufgaben der Entschädigung

In Bezug auf die im Rahmen der „Transformation der Entschädigung“ aktuell neu zu definierenden Aufgaben und Strukturen insbesondere in Hinblick auf Holocaust Bildungsaufgaben erwartet der Zentralrat von der Bundesregierung eine vollständige Gleichbehandlung von Sinti und Roma und die Mitwirkung des Zentralrats in der strategisch-inhaltlichen Programmausrichtung und –umsetzung. Angesichts der aktuell vom Bundesfinanzministerium geförderten, mehrjährigen Programme „Holocaust Education“ (umgesetzt von der Jewish Claims Conference und der Stiftung EVZ mit einem Budget von 100 Millionen Euro) und „Bildungsagenda NS-Unrecht“ (umgesetzt von der Stiftung EVZ für alle Opfergruppen mit einem Budget von 36 Millionen Euro, in dessen Rahmen auch das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma ein Projekt zum Aufbau einer historischen Sammlung umsetzt) sieht der Zentralrat eine angemessene Gleichbehandlung und Berücksichtigung der Perspektiven von Sinti und Roma nicht gegeben und fordert diese ein.

6.6. Wissenschaftliche Forschung zu Antiziganismus

Der Zentralrat fordert die Bundesregierung auf, sich den im Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus aufgezeigten Forschungsdesiderata durch einen entsprechenden Ausbau der Forschungsförderung anzunehmen. Notwendig sind dabei mehr und auch stärker praxisbezogene Forschungsvorhaben, die sich gezielt sowohl mit der historischen Entwicklung als auch den gegenwartsbezogenen Formen des Antiziganismus befassen und die die Perspektiven und die Beteiligung von Sinti und Roma in allen Phasen, sowie die Einhaltung forschungsethischer Standards (siehe UKA) berücksichtigen. Der Zentralrat empfiehlt eine Weiterentwicklung der „Forschungsstelle Antiziganismus“ an der Universität Heidelberg zu einem „Zentrum für Antiziganismusforschung“.

7. Minderheitenschutz und gleichberechtigte Teilhabe

7.1. Staatsverträge auf Länderebene

Auf Länderebene setzt sich der Zentralrat in Zusammenarbeit mit seinen Landesverbänden für den Abschluss von öffentlich-rechtlichen Staatsverträgen zwischen den Landesverbänden und den jeweiligen Landesregierungen ein, um den Minderheitenschutz nach dem Rahmenübereinkommen effektiv und langfristig umzusetzen. Im Berichtszeitraum wurde in [Bayern im März 2023 ein Änderungsvertrag](#) unterzeichnet, in [Hessen](#) wurde im Mai 2022 eine Erneuerung des Staatsvertrags ab Januar 2023 unterschrieben und das Saarland schloss im April 2022 eine [Rahmenvereinbarung](#) mit dem Landesverband. Die [Rahmenvereinbarung mit dem Landesverband von Rheinland-Pfalz](#) von 2005 soll im Jahr 2024 zu einem Staatsvertrag weiterentwickelt werden. Der Landesverband in Hamburg kritisiert, dass trotz mehrjähriger Gespräche über einen Staatsvertrag keine Fortschritte mit dem Senat erzielt werden konnten. Auch in Nordrhein-Westfalen laufen Verhandlungen seit 2018, der Landesverband begrüßt, dass im Frühjahr 2023 die Landesregierung ihre Bereitschaft für eine Vereinbarung signalisiert hat und fordert eine zügige Umsetzung mit dem Landesverband in Anerkennung dessen 40-jährigen Wirkens in Nordrhein-Westfalen. Der Zentralrat empfiehlt auch den Bundesländern Sachsen, Niedersachsen, Bremen, Schleswig-Holstein und Berlin die Aufnahme von Gesprächen über öffentlich-rechtliche Vereinbarungen.

7.2. Aufnahme des Minderheitenschutzes im Grundgesetz

Der Schutz und die Förderung der vier nationalen Minderheiten Deutschlands sind bisher nur in einigen Bundesländern verfassungsrechtlich verankert, obwohl es sich dabei um eine gesamtstaatliche Aufgabe handelt. Die Minderheit fordert daher seit geraumer Zeit ein klares Bekenntnis zu dieser gesamtstaatlichen Aufgabe. Dies wäre durch die [Aufnahme der nationalen Minderheiten ins Grundgesetz](#) der Bundesrepublik durchzusetzen. Der Zentralrat unterstützt darüber hinaus das Vorhaben, den [Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz zu streichen](#) und durch eine Neuformulierung zu ersetzen, die auf rassistische Diskriminierung abzielt und bestehende Schutzlücken damit schließt.

7.3. Verfassungen der Bundesländer

Schleswig-Holstein war das erste Bundesland, das im November 2012 den Schutz und die Förderung der deutschen Sinti und Roma in den Minderheitenschutz-Artikel der Landesverfassung aufgenommen hatte. Der Zentralrat begrüßt, dass das [Land Brandenburg im April 2022 die Bekämpfung des Antiziganismus zum Staatsziel](#) in die Landesverfassung aufgenommen hat. Der Zentralrat und der Landesverband Hamburg begrüßen eine vergleichbare Initiative in Hamburg 2023, kritisieren jedoch, dass vor dem Hintergrund des Holocaust an 6 Millionen Juden und an 500.000 Sinti und Roma im NS-besetzten Europa nicht nur Antisemitismus in die Verfassung aufgenommen und Antiziganismus unter „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ subsumiert werden kann, denn die historische Verantwortung auch für dieses Kapitel der Geschichte kann und darf nicht geleugnet werden. Die Verbände haben die Gespräche mit der Hamburgischen Bürgerschaft aufgenommen und fordern eine konsequente Haltung der demokratischen Parteien zur Ächtung von Antiziganismus.

7.4. Partizipation von Sinti und Roma in der Minderheitenpolitik

Der Zentralrat fordert die Bundesregierung auf, die Partizipation der Minderheit in allen relevanten Fragen für Sinti und Roma sicherzustellen, das bestehende Gremium des "Beratenden Ausschuss für Fragen der Sinti und Roma im Bundesinnenministerium" zu evaluieren und bedarfsoorientiert durch themenspezifische Arbeitsgremien weiterzuentwickeln sowie eine Bund-Länder-Kommission zum Thema Antiziganismus einzurichten, die an den Bundesbeauftragten gegen Antiziganismus angegliedert ist.

7.5. Partizipation in Medien, Wissenschaft und Institutionen

Der Zentralrat empfiehlt die Partizipationsstrukturen in öffentlich-rechtlichen Bereichen wie Medien, Wissenschaft sowie öffentlichen Behörden und staatliche Institutionen für Vertreter der Minderheit der Sinti und Roma zu öffnen und ihre Einbindung zu verstetigen. Dies beinhaltet auch kulturpolitische Gremien, sowie Förderstrukturen für Film und Kultur (z.B. staatliche Filmförderfonds, Berücksichtigung in der Neuordnung der Bundesgesetzgebung zur Filmförderung 2024-2025).

7.6. Gespräche mit den Ministerpräsidenten der Länder im Bundesrat

Der Zentralrat hatte sehr bedauert, dass das Gespräch mit Bundesratspräsident Dr. Peter Tschentscher im Dezember 2022 im Bundesrat erstmals ohne die Vertreterinnen und Vertreter der Länder stattgefunden hat. Das vom damaligen Bundesratspräsidenten Klaus Wedemeier 1993 eingeführte Gespräch der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Zentralrat im Anschluss an die Gedenkstunde im Bundesrat war für den Zentralrat eine wichtige Voraussetzung für zentrale politische Erfolge. Der Zentralrat hat die große Sorge, dass diese wichtige politische Tradition in Frage gestellt werden könnte. Andere Gremien, die in den vergangenen Jahren entstanden sind, wie der „Beratende Ausschuss für Fragen der Sinti und Roma“ beim Bundesinnenministerium, können die unmittelbaren Gespräche mit den Regierungschefs der Länder nicht ersetzen. Es ist für den Zentralrat unvorstellbar und es wäre ein fatales politisches Signal, wenn der Bundesrat nur noch der Holocaust-Opfer unserer Minderheit gedenken will und sich der Gespräche über die Sorgen der Minderheit und deren gesellschaftliche Benachteiligungen in der Gegenwart entziehen würde. In einer Zeit von zunehmend gewaltbereitem Antiziganismus, Antisemitismus und Nationalismus wäre eine derartige Handlungsweise verantwortungslos vor dieser Geschichte.

Am 15. Dezember 2023 fand im Anschluss an die jährliche Gedenkstunde im Bundesrat ein Gespräch des Zentralrats mit der amtierenden Bundesratspräsidentin Manuela Schwesig, sowie mit Vertreterinnern und Vertretern der Länder statt. Der Zentralrat rief die Landesregierungen dazu auf dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung zu folgen und auf Grundlage des Bundestags-Entschließungsantrags von Dezember 2023 ebenfalls ein deutliches Zeichen zur Ächtung des Antiziganismus zu setzen, sowie um konkrete Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Der Zentralrat empfiehlt den Ländern und der Bundesregierung, den Austausch über und die Abstimmung von Maßnahmen zur Antiziganismusbekämpfung und Prävention weiter zu verbessern und hierfür eine Bund-Länder-Kommission einzurichten. Der Zentralrat appellierte an alle Innenminister der deutschen Bundesländer, die Unrechtsgeschichte der Polizei im NS-Staat und nach 1945 wissenschaftlich aufzuarbeiten und damit die rassistische und antiziganistische Sondererfassung und Kriminalisierung von Sinti und Roma durch die Polizei auf Grundlage der Abstammung endlich zu beenden.

7.7. Gendern der Selbstbezeichnung Sinti und Roma

Im deutschen Sprachraum stellt der Terminus „Sinti und Roma“ die bisher anerkannte Selbstbezeichnung der gesamten Gruppe dar. Das Begriffspaar hat sich mit der Bürgerrechtsbewegung vor mehr als 40 Jahren durchgesetzt. In der Bezeichnung sind alle inkludiert, d.h. Frauen, Männer und non-binäre Menschen. Um den inklusiven Charakter des Begriffs Sinti und Roma noch deutlicher zu machen, kann ein Gendersternchen an die Bezeichnung Sinti* und Roma* angehängt werden.
[Stellungnahme des Landesverbandes Rheinland-Pfalz](#)

8. Medienpolitik

8.1. Partizipation von Sinti und Roma in den Rundfunkräten und Landesmedienanstalten

Vertreter von Sinti und Roma sollen in Rundfunkräte und Landesmedienanstalten berufen werden. Die Berufung von Sinti und Roma in die Kontrollgremien der privaten und öffentlich-rechtlichen Medien stellt ausdrücklich eine gesellschaftspolitische und rechtliche Verpflichtung dar, die sich aus der Anerkennung der Sinti und Roma als autochthone nationale Minderheit in Deutschland ergibt. Die Vertretung von Sinti und Roma in den Rundfunkräten und Landesmedienanstalten ist eine wichtige minderheitenpolitische Forderung, da die Lebensrealität von Sinti und Roma in Deutschland auch heute noch in vielfältiger Weise von Diskriminierung geprägt ist, die durch negative Stereotypen in der Fernseh- und Filmberichterstattung, vorurteilsschürende Bebilderungen von Nachrichten und zum Teil rassistische Unterhaltungsfilme verstärkt und reproduziert wird. Der Zentralrat begrüßt die Aufnahme der Sinti und Roma in die Medienkommission der Landesmedienanstalt NRW. Der Verein Deutscher Sinti e.V. Minden, Mitgliedsverband im Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, wurde vom Landtag Nordrhein-Westfalen in seiner 128. Sitzung am 19. Mai 2021 gemäß § 93 Absatz 4 Landesmediengesetz NRW (LMG NRW) als gesellschaftlich relevante Gruppe bestimmt, die ein Mitglied in die Medienkommission der Landesanstalt für Medien entsenden darf. Im Jahr 2022 vertrat Oswald Marschall den Verband mehrfach in Sitzungen der Medienkommission NRW. Jacques Delfeld Sr. vom Landesverband Rheinland-Pfalz vertritt die Minderheit zudem im Rundfunkrat des SWR. Der Zentralrat setzt sich weiterhin aktiv in weiteren Bundesländern dafür ein, dass die Verbände einen Sitz in diesen Rundfunkräten bekommen.

8.2. Medienberichterstattung

Der Zentralrat hat beim Deutschen Presserat Beschwerde gegen den Artikel „Eskaliert jetzt der Roma-Krieg“ in BILD Köln vom 24. April und gegen den Artikel „„Gute Diebin“ bringt 85.000 Euro Brautpreis – Parallel-Gesellschaft der Roma-Clans“ vom 5. Dezember 2022 auf FOCUS online eingelegt und sich darüber hinaus an die Chefredaktionen der beiden Medien gewandt. Nach Auffassung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma verstößen die Artikel gegen die Richtlinie 12.1. des Pressekodex. Denn darin wird gezielt die Abstammung der Beschuldigten als Angehörige von „Roma-Clans“ benannt. Es besteht keinerlei öffentliches Interesse, die Abstammung zu benennen. Dies widerspricht vielmehr den Grundwerten unserer Verfassung. Dies ist nur ein Beispiel von vielen, die der Zentralrat jährlich dokumentiert und wogegen der Zentralrat interveniert. Der Zentralrat fordert deshalb den Pressekodex zu stärken und die Vertretung der Minderheit in Medienregulierungsbehörden zu sichern.

Der Zentralrat intervenierte auch in anderen Fällen aufgrund einer diskriminierenden Berichterstattung über die Minderheit. Am 19. April wandte sich der Vorsitzende des Zentralrats, Romani Rose, in einem Brief an den Evangelischen Pressedienst (epd). Darin forderte er die Chefredaktion des epd auf, die am 13. April veröffentlichte Meldung mit der Überschrift „14 Überlebende beim Gedenken in Buchenwald und Mittelbau-Dora“ zu korrigieren. In dieser Meldung hieß es über den Holocaust an Sinti und Roma: „Aufgrund ihrer nicht sesshaften Lebensweise seien sie als sogenannte Asoziale verhaftet worden.“ Damit übernahm der epd die Rechtfertigung des NS-Staates gegenüber den Angehörigen der Minderheit.

Der Evangelische Pressedienst löschte diesen Satz und benachrichtigte seine Kunden. Diese Medien übernahmen dann die vom epd korrigierte Meldung für ihre Nachrichtenwebsites. Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) verbreitete am 24. April eine Meldung mit der Überschrift „Labour suspendiert Abgeordnete Diane Abbott“. Die dpa zitierte in dieser Meldung die britische Parlamentsabgeordnete Diane Abbott mit den Worten: Iren, Juden und Vagabunden hätten in Amerika nicht hinten im Bus sitzen müssen. Frau Abbott schrieb im englischen Original von "Travellers". Die dpa übersetzte dies mit dem Wort "Vagabunden". Wer aber im Englischen von "Travellers" spricht, meint "Roma und Fahrende". Nach einer Intervention des Zentralrats ersetzen die dpa, die „Frankfurter Allgemeine

Zeitung“ und die „Süddeutsche Zeitung“ den diskriminierenden Begriff „Vagabunden“ durch den Begriff „Travellers“. Im Jahr 2024 wird durch den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma ein strukturiertes Presse- und Policymonitoring mit Schwerpunkt Antiziganismus durchgeführt, das in einem Abschlussbericht Initiativen in diesem Bereich aufzeigen wird.

8.3. Bilderpolitik in den Medien

Über Jahrzehnte wurden in den von Print- und Online-Medien, wie auch vom Fernsehen verwendeten Bilddatenbanken und Archiven vieler Agenturen eine Vielzahl an Aufnahmen gesammelt, die antiziganistische Stereotypen und Narrative transportieren und damit die Bilderpolitik gegenüber Sinti und Roma in der Öffentlichkeit prägen. Diese Datenbanken müssten untersucht und bearbeitet werden. Stigmatisierende Darstellungen und Beschreibungen müssen entfernt werden, um eine Fortsetzung der antiziganistischen Darstellung von Sinti und Roma in der Öffentlichkeit in Zukunft zu verhindern. Nach Kritik des Zentralrats hat die "[Frankfurter Allgemeine Zeitung](#)" ein Foto zu einem Artikel ausgetauscht, der am 01.11.2022 in der Internet-Ausgabe, sowie am 02.11.2022 in der Print-Ausgabe unter dem Titel „Umweltkriminalität wirksamer bekämpfen“ erschienen war.

Am 31. Mai 2023 hielten André Raatzsch, Leiter des Referats Dokumentation am Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma (DokuZ), Dotschy Reinhardt, Leiterin des Referats Bildung am DokuZ, und Aert van Riel, Politischer Referent des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, im Rahmen der Veranstaltung „Das passende Bild - Stereotype im Umgang mit Sinti und Roma vermeiden“ Vorträge an der RTL-Journalistenschule in Köln. Daran schloss sich eine Diskussion mit den Schülern der Journalistenschule und mit Mitarbeitenden von RTL News an. Der Fernsehsender RTL wird allen Mitarbeitenden von RTL News einen Zusammenschnitt der Veranstaltung auf einer Weiterbildungsplattform zur Verfügung stellen. Die Zusammenarbeit zwischen RTL und dem Zentralrat wird fortgesetzt. Workshops, die angehende und ausgebildete Journalisten für Antiziganismus sensibilisieren und so die Berichterstattung über Sinti und Roma nachhaltig sensibler für Diskriminierung machen, sollen in den künftigen Lehrplänen der RTL-Journalistenschule verankert werden. Die Veranstaltung resultiert aus einer vereinbarten Zusammenarbeit von RTL und Zentralrat aus dem Jahr 2022, die die Redaktionen für Antiziganismus, besonders in der Bildsprache, sensibilisieren soll.

8.4. Film „Unrecht und Widerstand“ über Bürgerrechtsarbeit mit Grimme-Preis ausgezeichnet

Mit dem wichtigsten Fernsehpreis Deutschlands, dem Grimme-Preis, ist unter den 16 Preisträgern auch die zweistündige Dokumentation über den Zentralratsvorsitzenden Romani Rose: „[Unrecht und Widerstand – Romani Rose und die Bürgerrechtsbewegung](#)“ (ZDF/3sat). In der Kategorie Information und Kultur holte der Regisseur Peter Nestler eine der begehrten Trophäen, die am 21. April 2023 im Merler Theater vergeben wurde. Der Film arbeitet mit vielfältigem Archivmaterial, Kommentaren von Experten und Interviewbeiträgen. Im Mittelpunkt steht die Geschichte von Romani Rose. 13 seiner Familienangehörigen wurden im Holocaust ermordet. Die Dokumentation zeigt seinen lebenslangen Kampf gegen Ausgrenzung, Kriminalisierung und Diskriminierung der Minderheit. Dabei beschreibt Peter Nestler den steinigen Weg der Bürgerrechtsbewegung aus der Rechtlosigkeit, zeigt aber auch auf, wie sich Vorurteile und Feindbilder bis in die Gegenwart gehalten haben. Bereits im letzten Jahr erhielt der Film, der den Völkermord an den Sinti und Roma aufzeigt und den erbitterten Widerstand gegen das Unrecht, das ihnen in der Bundesrepublik widerfuhr, den 3sat Dokumentarfilmpreis.

8.5. Handreichung zum Thema Antiziganismus und Film

Im europäischen, wie im deutschen (Spiel-)Film gibt es wenig Raum für Geschichten, die einen differenzierten und innovativen Blick auf das Leben der größten Minderheit Europas werfen. Allzu oft werden stattdessen Klischees reproduziert, häufig durch eine Fokussierung auf Armut, Kriminalität, vermeintlich Exotisches oder ‚Außenseitertum‘. Hier setzt diese [Broschüre „Von, mit oder über Sinti](#)

und Roma“ an: In drei Abschnitten werden antiziganistische Bilder im (Spiel-)Film, gängige Erzählmuster und die strukturellen Hindernisse für eine kritische Beschäftigung mit diesen Themen in der Filmlandschaft beleuchtet. Auf dieser Grundlage können Filmschaffende sich mit eigenen Vorurteilen, aber auch mit etablierten Darstellungsformen von Sinti und Roma im Film auseinandersetzen – ganz unabhängig davon, welche Rolle sie in der Produktion oder Veröffentlichung von Filmen einnehmen.

9. Kulturelle Teilhabe und Erinnerungsarbeit

9.1. Neubau des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma

Der Zentralrat begrüßt die Förderung der Bundesregierung für den Neu- und Umbau des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg als wichtigen Beitrag einer langfristigen kulturpolitischen Arbeit der Minderheit und als Beitrag zur Auseinandersetzung mit Antiziganismus. Dies ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einem Museum der Sinti und Roma. Im Jahr 2023 wurden wichtige Weichen gestellt, um die Finanzierung von Bund, Land und Stadt sicherzustellen, sowie um den Planungsprozess fortzuführen. [Weiterführende Informationen](#)

9.2. Gedenken und Erinnerungsarbeit

Der Zentralrat fordert die Bundesregierung auf das Gedenken an den Holocaust wachzuhalten, die Etablierung einer Sammlung und eines Archivs durch das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma als Grundlage einer neuen Dauerausstellung in Heidelberg und im Block 13 im Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau sowie für temporäre Ausstellungen und Vermittlungsformen zu fördern, die Folgegenerationen als zentrale Stimmen der Gedenk- und Erinnerungskultur sowie Bildungsarbeit zu stärken, sowie die Bildungsarbeit zum Holocaust und NS-Unrecht insbesondere aus Perspektive von Sinti und Roma und durch Projekte in Trägerschaft von Selbstorganisationen langfristig in Deutschland und in Europa zu fördern und ausreichend Mittel für historisch-politische Bildungsarbeit bereitzustellen. Der Bundesregierung soll insbesondere die internationale Jugendarbeit von Sinti und Roma und nicht-Angehörigen der Minderheit anlässlich der Aktivitäten zum Europäischen Holocaust Gedenktag für Sinti und Roma am 2. August fördern. Weiterführende Informationen: <https://www.roma-sinti-holocaust-memorial-day.eu/>

Im Jahr 2023 wurden zahlreiche wichtige Projekte umgesetzt: in [Würzburg](#) wurde eine Straße nach der Sinti NS-Überlebenden und Bürgerrechtlerin Theresia Winterstein benannt, im [Obersalzberg](#) wirkte Romani Rose an der Eröffnung der neuen Dauerausstellung mit, in [Bayreuth](#) wurde ein Gedenkkart für Sinti und Roma eingeweiht, in [Ulm](#) wurde für den Holocaust-Überlebenden und Bürgerrechtler Ranco Brantner eine Gedenktafel eingeweiht und der Zentralrat und das Dokumentationszentrum organisierten internationale Gedenkveranstaltungen in [Auschwitz](#) und [Buchenwald](#).

9.2.1. Gedenkveranstaltung am 2. August in Auschwitz

Am 2. August beging der Zentralrat in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau den „Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma“ in Erinnerung an die Ermordung der letzten 4.300 Angehörigen der Minderheit in Auschwitz am 2. August 1944. Mit Vizepräsidentin Nicola Beer hat erstmals eine hochrangige Repräsentantin des Europäischen Parlaments zum Holocaust-Gedenktag in Auschwitz gesprochen. Sie betonte in Anwesenheit der wenigen verbliebenen Überlebenden des Holocaust und hunderten Angehörigen der Minderheit: „Es ist unsere Pflicht und Verantwortung, uns zu erinnern. Es muss unsere gemeinsame Aufgabe sein, die nächsten Generationen über den Holocaust an den Sinti und Roma aufzuklären. Zum Erinnern gehört auch, dass wir als Gesellschaft gegen jede Form von Diskriminierung und Rassismus kämpfen. Trotz jahrelanger Arbeit haben wir die Diskriminierung im heutigen Europa nicht beenden können: Antiziganismus ist nach wie vor eine weit verbreitete Form des Rassismus in unserer Gesellschaft.“

Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, warnte in seiner Ansprache vor der zunehmenden Demokratiefeindlichkeit in Europa: „Mit großer Sorge beobachten wir in ganz Europa eine demokratiefeindliche Haltung und einen Rechtsextremismus, der sich wieder durch Gewalt gegen Sinti und Roma, gegen Juden und andere Minderheiten zeigt. Antiziganismus, Antisemitismus und Rassismus gehören in vielen Ländern Europas heute wieder zum Alltag.“

Bei den Gedenkveranstaltungen in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau nahmen zum ersten Mal auch mehrere für das Thema Antiziganismus zuständige Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie Vertreter aus den Bundesländern teil. Damit waren sie der Einladung von Dr. Mehmet Daimagüler, dem Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma, und Doreen Denstädt, der Ministerin für Justiz und Landesbeauftragten gegen Antiziganismus des Landes Thüringen, gefolgt.

Ausführlicher Bericht [hier](#).

9.2.2. Gedenken im Bundesrat und in der Gedenkstätte KZ Sachsenhausen am 15.12.

In der letzten Bundesratssitzung eines Kalenderjahres gedenkt die Länderkammer traditionell den ermordeten Sinti und Roma im NS-besetzten Europa. Anlass ist der Jahrestag des sogenannten „Auschwitzerlass“ Heinrich Himmlers, der im Jahr 1942 die Deportation der Sinti und Roma aus dem „Reich“ nach Auschwitz anordnete. Bundesratspräsidentin Manuela betonte in ihrer Gedenkansprache in Anwesenheit einer Delegation des Zentralrats: „Die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus berichtet von etwa 600 Diskriminierungen, Beleidigungen und Beschimpfungen, Drohungen und Gewalttaten gegen Sinti und Roma im Jahr 2022. Die alten Vorurteile sind immer noch erschreckend lebendig. Wenn wir also heute der Sinti und Roma gedenken, die im Nationalsozialismus verfolgt und ermordet wurden, dann ist dies nicht nur ein Blick zurück. Ein würdiges Gedenken an das Leid der früheren Generationen ist die Grundlage für ein gutes, gleichberechtigtes Zusammenleben heute. Ein Zusammenleben, verbunden mit der Bereitschaft, sich mit der Geschichte der Sinti, Roma und Jenischen auseinanderzusetzen und ihre Besonderheiten zu respektieren. Denn sie gehören zu Deutschland.“

Am Nachmittag fand eine Gedenkeremonie in der Gedenkstätte des KZ Sachsenhausen gemeinsam mit der brandenburgischen Landesregierung und der Gedenkstättenleitung am zentralen Gedenkort „Station Z“ statt. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und die Gedenkstätte Sachsenhausen haben zudem an den langen Kampf um Anerkennung der Menschheitsverbrechen nach 1945 erinnert. Der Holocaustüberlebende Christian Pfeil forderte ein wehrhaftes Auftreten der demokratischen Kräfte gegen den Rechtsextremismus: „Ich appelliere an unsere Politik als jemand, der das Ghetto in Lublin überlebt hat. Die gesamte Gesellschaft und staatliche Bürokratie müssen das Wissen um unsere Geschichte als Verpflichtung ansehen, den Rechtsstaat wehrhaft zu verteidigen. Wir dürfen nicht zulassen, dass heutige Nazis die Meinungsfreiheit missbrauchen, um Ihre Hetze zu verbreiten. Wo die Menschheitsverbrechen und damit die historischen Tatsachen geleugnet werden, gilt es, mit allen Mitteln der Justiz und des Rechtsstaats entgegenzutreten.“

9.2.3. Der Holocaust als transgenerationelles Trauma – Veranstaltung in Weimar

Der Politische Referent des Zentralrats, Aert van Riel, nahm am 11. Oktober in Weimar an einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Der Holocaust als Transgenerationales Trauma bei Nachkommen von Überlebenden“ teil. Zweiter Guest war der Vorsitzende des Vorstands von Amcha Deutschland, Lukas Welz. Aert van Riel berichtete über die Folgen der „zweiten Verfolgung“ von Sinti und Roma in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 für die Überlebenden des Holocausts. Veranstalter war das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ).

9.3. Erhaltung der Gräber von Holocaustüberlebenden

Am 8. Dezember 2018 wurde im Rahmen eines feierlichen Staatsaktes im Bundesrat die „Bund-Länder-Vereinbarung betreffend den Erhalt der Gräber der unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgten Sinti und Roma“ durch Bundesministerin Dr. Giffey für die Bundesregierung unterzeichnet. Mit dieser Vereinbarung wurde dem langjährigen Anliegen des Zentralrats entsprochen, die Grabstätten der Holocaustüberlebenden als Familiengedächtnisstätten und als Erinnerungsorte der Geschichte für die nachkommenden Generationen zu erhalten. Im Rahmen der „Bund-Länder-Vereinbarung betreffend den Erhalt der Gräber der unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft

verfolgten Sinti und Roma“ (BLV) hat der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma 2019 auf ausdrückliche Bitte von Bund und Ländern die Aufgabe übernommen, gegenüber dem Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen in Berlin (BADV) die Verfolgteneigenschaft nach § 2 Abs. 2 BLV schriftlich glaubhaft zu machen. 2023 wurden vom Zentralrat im Rahmen von „Amtshilfe“ für das BADV Glaubhaftmachungen für 111 Verstorbene ausgestellt. In 81 Fällen ist der Zentralrat durch das BADV angehört worden.

Aus Sicht des Zentralrats besteht Klärungsbedarf bezüglich der Erstattungspraxis durch das BADV, wenn Grabstätten in die Obhut kommunaler oder kirchlicher Friedhofsträger übergegangen sind. Zudem erwartet der Zentralrat die Umsetzung der bereits 2018 vereinbarten Evaluierung mit dem Ziel der erforderlichen Anpassungen der Regelungen.

10. Bildungspolitik und Sensibilisierung

10.1. Aufbau eines Begabtenförderwerks der Sinti und Roma:

Als Pendant zu den bestehenden 13. Begabtenförderwerke, empfehlen der Zentralrat, das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma und der Studierendenverband der Bundesregierung die Einrichtung eines Begabtenförderwerks der Sinti und Roma, das auf die Erfahrungswerte der Bildungsakademie und der Stipendienförderung des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma aufbaut.

10.2. Erklärung der Kultusministerkonferenz zur Vermittlung der Geschichte und Gegenwart von Sinti und Roma in der Schule

Die Kultusministerkonferenz hat am 12. Dezember 2022 in Berlin gemeinsam mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und dem Bündnis für Solidarität mit den Sinti und Roma Europas eine [gemeinsame Erklärung zur Vermittlung der Geschichte und Gegenwart von Sinti und Roma in der Schule](#) verabschiedet, die im Jahr 2023 in der Öffentlichkeit vorgestellt und in Bildungsstrukturen beworben wurde. Der Zentralrat empfiehlt den Ländern diese nicht-bindende Empfehlung anzuwenden und die Entwicklung von Bildungsmaterialien zu fördern. Der Zentralrat hat mit der Kultusministerkonferenz zudem vereinbart eine weitere Empfehlung zur Thematisierung von Antiziganismus zu erarbeiten und unterstützt die Initiative des Minderheitenrates zur Entwicklung einer gemeinsamen Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur Wissensvermittlung zu allen nationalen Minderheiten.

10.3. Stärkung der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisationen und Förderung von Sinti und Roma

Der Zentralrat fordert Bund und Länder auf Zentralrat, Landes- und Regionalverbände für die gleichberechtigte Teilhabe der Minderheit und für die Bekämpfung von Antiziganismus zu stärken, das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Antiziganismus weiterhin umfassend zu fördern und auch in Zukunft mit Haushaltssmitteln des Bundes und der Länder zu unterstützen. Die Antiziganismusprävention ist in der politischen Bildungsarbeit und in der Durchführung von Präventionsprogrammen als stetige Aufgabe umzusetzen. Verlässlichkeit und langfristige Planungssicherheit für zivilgesellschaftliche Akteure sind zu gewährleisten und, wo möglich, zu verbessern. Ziel ist, innovative und erfolgreiche Ansätze in Regelstrukturen der politischen Bildung zu überführen. Eine besondere Bedeutung nimmt hier das Programm „Demokratie Leben“ ein und das vom Dokumentations- und Kulturzentrum getragene Kompetenznetzwerk „Bildungsforum gegen Antiziganismus“, das auch in 2023 wichtige Fachveranstaltungen, Ausstellungen, Publikationen und Weiterbildungen beispielsweise für Polizeibeamte umgesetzt hat.

10.4. Bildungsforum gegen Antiziganismus

Das Bildungsforum gegen Antiziganismus ist Teil des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma und führt in Zusammenarbeit mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma jährlich zahlreiche Veranstaltungen durch. Es wurde am 5. April 2019 eröffnet und baut auf die Arbeit des Berliner Projektbüros auf, das seit 2015 in der Bundeshauptstadt fest verankert ist. Die Schwerpunkte der dortigen Arbeit sind Präventionsarbeit gegen Antiziganismus und Empowerment für Sinti und Roma. Als Ort des offenen und demokratischen Dialogs bietet das Bildungsforum bundesweit Fort- und Weiterbildungen an. Dialog, Aufklärung und Empowerment sind die Leitmotive seiner Arbeit und Auftrag für das Bildungsforum gegen Antiziganismus. Das Bildungsforum gegen Antiziganismus wird

gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Weitere Informationen gibt es hier und auf der neuen Website des Bildungsforums: www.gegen-antiziganismus.de

10.5. Bundesweites Netzwerk Sinti, Roma, Kirchen

Anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am 29.01.2023 eine Erklärung zur Bekämpfung von Antiziganismus und zur Zusammenarbeit mit Sinti und Roma veröffentlicht. In diesem Zusammenhang nimmt der Rat der EKD auch die Arbeitsdefinition von Antiziganismus der Internationalen Allianz zum Holocaust-Gedenken (IHRA) an. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma betrachtet es als „historisch“, dass die Evangelische Kirche in Deutschland anlässlich des Internationalen Holocaust- Gedenktages diese Erklärung zur Ächtung von Antiziganismus abgibt. [Gemeinsame Pressemitteilung der EKD und des Zentralrats](#)

Bereits seit mehreren Jahren findet eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Menschen und Strukturen aus der Minderheit und aus den Kirchen im [Netzwerk „Sinti und Roma und Kirchen“](#) statt, um gleichberechtigte Teilhabe von Sinti und Roma in Gesellschaft und auch in Kirchen zu stärken, sowie Antiziganismus zu bekämpfen. Das Netzwerk ist ein besonderes Beispiel für gesellschaftliches Engagement und Zusammenarbeit gegen Antiziganismus. Daraus ging jüngst auch die Publikation „Zwischen Paternalismus und Partizipation“ über die kirchliche Sozialarbeit hervor, die aus der letzten Jahrestagung des Netzwerks im November 2023 hervorging und die Geschichte und Gegenwart kirchlicher Sozialarbeit kritisch beleuchtet. Die Publikation kann über die Evangelische Akademie [bestellt werden](#).

11. Internationale Arbeit

11.1. EU Rahmenstrategie für Gleichstellung, Inklusion und Partizipation von Sinti & Roma 2030

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma setzt sich in seiner internationalen Arbeit für die strategische Prävention und Intervention gegen Antiziganismus ein. Ein wesentliches Element dafür ist die EU Rahmenstrategie für Gleichstellung, Inklusion und Partizipation von Sinti & Roma (2020-2030), die auf Einwirken des Zentralrats und der europäischen Zivilgesellschaft die Bekämpfung von Antiziganismus zur Priorität erklärt hat. Der Zentralrat nahm in 2023 an der europäischen Roma Platform teil, sowie an weiteren zivilgesellschaftlichen Konsultationstreffen zur Umsetzung der Rahmenstrategie.

11.2. Erinnerungsarbeit und Holocaust-Bildung im Westbalkan

Gemeinsam mit Partnerorganisationen aus Serbien und Bosnien und Herzegowina und mit Unterstützung der Stiftung EVZ hat der Zentralrat eine Projekt zur Erinnerungsarbeit und zur Selbstermächtigung von Roma Organisationen in beiden Ländern initiiert. Roma Organisationen in beiden Ländern haben mit Unterstützung eines Historikers lokale Forschungen zur Situation von Roma während des Zweiten Weltkriegs durchgeführt und Interviews mit Überlebenden sowie der zweiten und dritten Generation in deren Familien und Gemeinschaften geführt. Bis Projektende im Sommer 2024 wird die Zusammenarbeit mit lokalen, nationalen und internationalen Organisationen und v.a. Gedenkstätten ausgebaut und die Ergebnisse der Forschung veröffentlicht.

In einem weiteren Vorhaben, das in 2022 begonnen wurde, wurde mit Förderung des Auswärtigen Amtes, die Ausstellung des Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma „Rassendiagnose: Zigeuner“ – *Der Völkermord an den Sinti und Roma und der lange Kampf um Anerkennung* zwischen Januar und Dezember 2023 in allen sechs Staaten des Westlichen Balkans gezeigt: In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Partnerorganisationen wurde die Ausstellung in Belgrad und Niš (Serbien), Bitola und Skopje (Nordmazedonien), Prishtina und Prizren (Kosovo), Tirana (Albanien), Podgorica (Montenegro), Sarajevo und Banja Luka (Bosnien und Herzegowina) präsentiert.

11.3. Zusammenarbeit mit der internationalen Zivilgesellschaft

Der Zentralrat ist Mitglied in europaweiten Netzwerken wie der Alliance against Antigypsyism und der European Roma Policy Coalition, die sich regelmäßig zum Austausch trifft und Handlungsempfehlungen ermittelt. Zudem ist der Zentralrat aktives Mitglied in FUEN (Federal Union of European Nationalities) und bei ENAR (European Network against Racism). Bei der Jahreskonferenz in Pec/Ungarn im September 2023 hat der Zentralrat gemeinsam mit anderen Organisationen und Verbänden, Resolutionen vorbereitet und war Teil einer kleinen Gruppe, die ein Resolution zur Ukraine redigierte. Siehe zudem v.a. die Punkte zu Ukraine und zum Westbalkan.

11.4. Das internationale Projekt „Chachipen“ zur Antiziganismus-Bekämpfung

Der Zentralrat setzte 2023 seine langjährige internationale Zusammenarbeit als eine der führenden Organisationen in der „Allianz gegen Antiziganismus“ fort, insbesondere im Rahmen des Projektes „Chachipen“. Das Projekt wurde im April 2023 mit einer Abschlusskonferenz in Brüssel beendet.

Das Projekt zielte darauf ab, eine stärkere Anerkennung des historisch verwurzelten und systemischen Antiziganismus zu erreichen und diesen zu bekämpfen. Das Projekt verwendet den Ansatz von „Wahrheit und Gerechtigkeit“ (truth and justice), um vergangene Menschenrechtsverletzungen und die anhaltende strukturelle Diskriminierung gegenüber Sinti und Roma zu untersuchen, die sie daran hindern, gleichberechtigt an der Gesellschaft teilzuhaben. Es wurden hierbei auch Erfahrungen aus der „Unabhängigen Kommission Antiziganismus“ auf internationaler Ebene geteilt und strukturelle Ansätze zur Bekämpfung von Antiziganismus gefördert.

Das Projekt wurde gemeinsam mit dem Centre for European Policy Studies (CEPS) in Brüssel zusammen mit dem European Roma Grassroots Organisations (ERGO) Network, dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, der Federación de Asociaciones Gitanas de Cataluña (FAGIC) aus Spanien und dem Verein Fast Forward aus Rumänien durchgeführt.

11.5. Europäische Union

11.5.1. Europäische Kommission

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma nimmt an den Konsultationen der Europäischen Kommission, die zu einer wirksamen Umsetzung des neuen „Strategischen EU-Rahmens für Gleichstellung, Inklusion und Partizipation von Sinti und Roma bis 2030“ dienten. Zudem hat der Zentralrat in 2023 auch an Konsultationen der Europäischen Kommission zur Situation der Roma in der Ukraine sowie zur Situation von geflüchteten Roma teilgenommen. Im November/Dezember 2023 nahm der Zentralrat auch an der „EU Roma Platform“ und am Treffen der „National Roma Contact Points“ in Madrid teil, die von der spanischen EU Ratspräsidentschaft mit der EU Kommission organisiert wurden. Der Zentralrat stand 2023 auch im regen Austausch mit der Europäischen Kommission zur Situation der Roma in der Ukraine zur Lage der geflüchteten Roma aus der Ukraine.

11.5.2. Europäisches Parlament

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma ist Konsultationspartner des Arbeitsgruppe Antirassismus und Diversität des Europäischen Parlaments (ARDI), die Gleichbehandlung, Antirassismus und Bildung zur Nicht-Diskriminierung in der Arbeit des Europäischen Parlaments fördern sollte. Der Zentralrat beteiligte sich ebenfalls an der Konzepterstellung der „EU Roma Week“, die jedes Jahr von Abgeordneten des Europäischen Parlaments und zivilgesellschaftlichen Organisationen organisiert wird. Mitarbeiter des Zentralrats waren auch an mehreren Veranstaltungen im Rahmen der „Roma Week“ aktiv beteiligt, entweder als Experten oder Moderatoren.

11.5.3. EU Grundrechteagentur (FRA)

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hat sich gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen der EU Roma Policy Coalition (ERPC) für eine stärkere Konsultation der FRA mit der Zivilgesellschaft der Sinti und Roma eingesetzt. Der Zentralrat nahm zudem an diversen Dialogveranstaltungen der EU Grundrechteagentur teil und bekräftigte seine Kritik zur Methodik von Datenerhebung, Restriktionen in Bezug auf ethnische Daten in zahlreichen EU-Mitgliedsländern sowie eine stärkere Miteinbeziehung von Selbstorganisationen von Sinti und Roma bei der Durchführung von Studien zur Lage der Grundrechte der Minderheit.

11.5.4. European Economic and Social Committee (EESC)

Im Oktober 2023 nahm der Zentralrat am Hearing zu Antiziganismus des EESC teil. Zudem unterstützte der Zentralrat im Dezember 2023 eine Delegation des EESC bei ihrem Monitoringbesuch in Deutschland.

11.6. Europarat

Der Zentralrat beteiligte sich auch 2023 an den regelmäßigen Konsultationsverfahren des Europarates mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen aus der Minderheit zur Verbesserung des Minderheitenschutzes, sowie der Bekämpfung von Antiziganismus. Angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine fand eine enge Abstimmung zwischen der Zivilgesellschaft und den internationalen Organisationen statt, um die politische Situation und humanitäre Hilfe für Roma in der Ukraine, sowie die Situation der Geflüchteten in den Nachbarländern zu verbessern.

11.7. International Holocaust Remembrance Alliance

Der IHRA-Ausschuss für den Genozid an den Roma initiierte 2022 eine Arbeitsgruppe, die Empfehlungen entwickelt für Leitlinien zur Vermittlung von Wissen über die Verfolgung und den Völkermord an den Sinti und Roma. In die Entwicklungen dieser Empfehlungen wurden auch Vertreter*innen der Minderheit und Akteure aus der Zivilgesellschaft eingebunden. Der Zentralrat begleitete 2023 den unterstützenswerten Prozess aktiv und kritisch durch Feedback, Stellungnahmen und Gespräche. Die Fertigstellung ist für 2024 geplant. Der Zentralrat, der sich aktiv über Jahre für die Annahme einer internationalen Arbeitsdefinition für Antiziganismus eingesetzt hatte, unterstützte weiterhin die nationale und internationale Anerkennung der IHRA Arbeitsdefinition.

11.8. OSZE-ODIHR

Angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine fand eine enge Abstimmung zwischen der Zivilgesellschaft und den internationalen Organisationen statt, um die politische Situation und humanitäre Hilfe für Roma in der Ukraine, sowie die Situation der Geflüchteten in den Nachbarländern zu verbessern. OSZE-ODIHR nahm in diesem Kontext auf Grund der langjährigen Arbeit in der Ukraine eine wichtige Rolle ein und sammelte Informationen über Menschenrechtsverletzungen, z.B. benachteiligte Behandlung beim Grenzübertritt auf Grund von fehlenden Personaldokumenten. Der Zentralrat trug durch seine Berichte zum internationalen Monitoring bei und organisierte mit der OSZE und anderen Akteuren internationale Koordinationstreffen. Darüber hinaus trägt der Zentralrat mit den nationalen Daten zum Hate Crime Monitoring der OSZE bei, bei dem jährlich staatliche und nicht-staatliche Informationen und Statistiken zusammen getragen werden. Der Zentralrat nahm auch an der Vorstellung des Berichtes zur Umsetzung des OSZE Roma und Sinti Aktionsplans im Dezember 2023 teil.

11.9. Vereinte Nationen

Das Büro des Hohen Kommissars der UN für Menschenrechte organisierte 2023 regelmäßige Austauschtreffen zwischen Sinti und Roma Organisationen aus Europa und aus Nord- und Südamerika mit dem Ziel einer gemeinsamen Strategie zur Erinnerungsarbeit und zur Bekämpfung von Antiziganismus. Unter anderem wurde die Teilnahme einer amerikanischen Delegation am 80. Jahrestag des 2. Augusts im Jahr 2024 in der Gedenkstätte Auschwitz vorbereitet. Zudem wurde auf Initiative des Zentralrats der Holocaust Überlebende Christian Pfeil eingeladen, um auf der UN Holocaustgedenkveranstaltung im Januar 2024 in New York eine Rede zu halten.

11.10. Ukraine

Der Zentralrat engagierte sich auch 2023 stark für die Roma in der Ukraine und für geflohene Roma aus der Ukraine. Durch Veranstaltungen und Gespräche wurde gemeinsam mit Partnerorganisationen aus der Ukraine und aus Deutschland darauf hingewirkt, dass Öffentlichkeit und Entscheidungsträger besser über die Situation der Roma in der Ukraine informiert. Im Zentrum stand dabei die Konferenz „Roma as Integral Part of Ukraine“ am 14. Juni 2023 in Berlin. Die Konferenz wurde in Kooperation mit Roma Organisationen aus der Ukraine, der Gesellschaft für bedrohte Völker und der Evangelischen Akademie zu Berlin durchgeführt mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes und der Stiftung EVZ. Eröffnet wurde die Konferenz vom Staatsminister im Auswärtigen Amt Herrn Tobias Lindner und dem Botschafter der Ukraine in Deutschland, S.E. Oleksej Makeiev. 15 Vertreter der Roma aus der Ukraine konnten an dieser wichtigen Veranstaltung neben Vertretern der deutschen und der ukrainischen Regierung, der Botschaft der Vereinigten Staaten und internationaler und nationaler Organisationen teilnehmen. Zudem wurden Gespräche einer Delegation von Roma Organisationen aus der Ukraine mit Abgeordneten aus dem Bundestag organisiert.

Neben der Lobbyarbeit in Berlin, nahm der Zentralrat auch an Gesprächen mit Institutionen der Europäischen Union, der OSZE und des Europarates bzw. an Treffen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Situation der Roma in der Ukraine teil.

12. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

12.1. Beteiligung an Veranstaltungen und Ausstellungen

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und dessen Vorsitzender Romani Rose nahmen an einer Vielzahl von Veranstaltungen teil und repräsentierte die Minderheit in vielfältiger Weise, die hier exemplarisch aufgeführt werden:

- Am 27. Januar 2023, dem **Internationalen Holocaust-Gedenktag**, fand eine gemeinsame Gedenkveranstaltung von Zentralrat, Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma und der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas am Denkmal für die im Holocaust ermordeten Sinti und Roma Europas gemeinsam mit der Vizepräsidentin des Bundestags, Petra Pau, und Vertreter*innen der Überlebenden statt.
- Im Rahmen der **Roma-Woche des Europaparlaments** sprach Romani Rose am 17. Mai 2023 in Wien anlässlich des 30. Jahrestags der Anerkennung der Roma als Volksgruppe in Österreich.
- Bei der Eröffnung der neuen Dauerausstellung der **Dokumentation Obersalzberg** am 27. September betonte Romani Rose die Bedeutung der Erinnerungskultur für ein demokratisches Gemeinwesen und warnte vor Instrumentalisierung durch rechte Kräfte.
- Der Zentralrat organisierte gemeinsam mit der Deutschen Bahn und dem Bildungsforum gegen Antiziganismus die mobile Ausstellung „**HinterFragen**“ an den Bahnhöfen in Dresden, Wiesbaden und Nürnberg, die von September bis Dezember 2023 dort zu sehen war. Mit der Ausstellung wird über die 600-jährige deutsche Geschichte der Sinti und Roma informiert, um antiziganistischen Klischees entgegenzuwirken. Mit der Präsentation der Wanderausstellung knüpft die DB an die Annahme der Arbeitsdefinition von Antiziganismus der Internationalen Allianz zum Holocaust-Gedenken (IHRA) vom Oktober 2022 an und unterstreicht ihr Engagement gegen jede Form der Diskriminierung.

12.2. Pressemitteilungen

Der Zentralrat partizipiert durch die regelmäßige Publizierung von Pressemitteilungen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen an der politischen Willensbildung. 2023 hat der Zentralrat 30 Pressemitteilungen über seinen bundesweiten Verteiler verschickt und auf seiner Internetseite veröffentlicht. Darüber hinaus veröffentlichte der Zentralrat 30 Aktuelle Meldungen auf seiner Homepage.

Alle Pressemitteilungen sowie Stellungnahmen des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma finden sich unter <http://zentralrat.sintiundroma.de/pressemitteilungen/>.

Die aktuellen Meldungen des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma finden sich unter <https://zentralrat.sintiundroma.de/aktuelle-meldungen/>

12.3. YouTube Kanal und Videobotschaften

Da die pandemiebedingte Lage es möglich machte, alle Veranstaltungen wieder in Präsenz durchzuführen, hat die Nutzung des Youtube-Kanals des Zentralrats im Jahr 2023 eine untergeordnete Rolle gespielt. Es wurde lediglich durch ein Video die Verleihung des Europäischen Bürgerrechtspreises der Sinti und Roma an den US-amerikanischen Stararchitekten Daniel Libeskind angekündigt. Dieses Video erreichte mehrere hundert Personen. Darüber hinaus wurde der Zentralrat verschiedentlich für Video-Grußbotschaften angefragt und übermittelte unter anderem einen Glückwunsch an den rheinland-pfälzischen Landesverband anlässlich des 40-jährigen Bestehens.

12.4. Soziale Netzwerke

Der Zentralrat informiert seine Follower*innen wie bisher regelmäßig über Facebook und Twitter über aktuelle politische Themen. Außerdem wurde eine eigene, schnell wachsende Instagram-Seite eingerichtet, die mit einer Kampagne zum Jahrestag des Hungerstreiks, die gleichzeitig auf allen Plattformen gespielt wurde, große Aufmerksamkeit erlangte. Nach der Übernahme von Twitter durch einen bekannten US-Multimilliardär und der damit eingehenden massiven Verschlechterung des Diskussionsklimas hat der Zentralrat begonnen, die Plattform Bluesky als Alternative zu nutzen, aktuell werden die beiden Dienste parallel bespielt.

Insbesondere über Facebook und Instagram gelingt es uns, viele Angehörige der Minderheit, insbesondere jüngeren Alters, zu erreichen. In der Regel werden alle Plattformen mit den grundsätzlich gleichen Inhalten bespielt, die anhand der jeweiligen Kommunikationslogiken angepasst werden.

Die regelmäßigen Beiträge zu aktuellen (erinnerungs-)politischen und kulturellen Anlässen sahen im Jahr 2023 ca. 40.000 Personen auf Facebook. Im April 2023 lief eine Kampagne zum Hungerstreik im ehemaligen Konzentrationslager Dachau, zwischen Mitte Juli und Mitte August wurde auf Facebook und Instagram die europäische Dimension des Holocausts an den Sinti und Roma im NS-besetzten Europa anlässlich des Europäischen Holocaust-Gedenktags für Sinti und Roma am 2. August beleuchtet und im Herbst wurden die Mitgliedsverbände und Vorstände des Zentralrats mit der Kampagne #zentralratzeigtgesicht vorgestellt. Der erfolgreichste Beitrag der Reihe erreichte auf Facebook eine Reichweite von ca. 2.800 Personen und es gingen viele positive Rückmeldungen beim Zentralrat ein, auf Instagram erhielten mehrere Beiträge knapp 100 Likes (bei unter 500 Follower*innen) und es wurden aufwändige Stories u. a. zum 2. August und dem ersten Jahresbericht der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus erstellt.

Im Jahr 2023 erreichte der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma mit seinen Beiträgen bei Twitter nach wie vor ein großes Publikum. Besonders infolge der Debatte um das holocaustrelativierende Flugblatt des bayerischen Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger, zu der der Zentralrat Stellung nahm, wurden weit über 10000 Menschen erreicht. Hierbei kam es allerdings zu zahlreichen antiziganistischen Hasskommentaren, deren Sichtung zahlreiche Ressourcen forderte und auch zu mehreren Strafanzeigen führte.

12.5. Monatlicher elektronischer Newsletter

Seit Mai 2019 verschiickt der Zentralrat zusammen mit dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma monatlich einen Newsletter um über die Meldungen des vergangenen Monats zu informieren und auf Veranstaltungen in der Zukunft und fachbezogene Publikationen hinzuweisen. Mit dem Newsletter vergrößern wir die Reichweite unserer Öffentlichkeitsarbeit.

12.6. Interviews

Mit dem Zentralrat werden immer wieder bundesweit verbreitete Presse, Fernseh- und Rundfunkinterviews veröffentlicht. Das betraf auch Berichte über öffentliche Vorträge auf Veranstaltungen, an denen der Zentralrat mitwirkte. Im Rahmen des Presse-Monitorings, dass mit dem Dokumentationszentrum in Kooperation organisiert ist, werden die entsprechenden Artikel archiviert.

12.6.1. Interview Erich Schneeberger, Vorsitzender des Verbands Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Bayern, mit der Bayerische Staatszeitung

Wegen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine sind viele Menschen auf der Flucht aus dem osteuropäischen Land. Unter ihnen sind auch ukrainische Roma. Ihnen wird immer wieder Sozialbetrug vorgeworfen. Erich Schneeberger, Vorsitzender des Verbands Deutscher Sinti und Roma –

Landesverband Bayern, sprach in einem Interview mit der Bayerischen Staatszeitung über Antiziganismus und den Umgang mit geflüchteten ukrainischen Roma.

13. Organisations- und Vereinsangelegenheiten

13.1. Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen

Mitgliederversammlung und Vorstandssitzungen werden wie vorgeschrieben jährlich ein bzw. mehrmals durchgeführt. Die Landes- und Mitgliedsverbände des Zentralrates werden regelmäßig per Email-Rundschreiben informiert. Im Jahr 2023 fanden im Oktober und Dezember Vorstandssitzungen statt, die im Dezember geplante Mitgliederversammlung wurde auf Grund der kurzfristigen terminlichen Überschneidung mit der Bundestagsdebatte zum Entschließungsantrag zu Antiziganismus auf März 2024 verschoben.

13.2. Verbandstagungen

Der Zentralrat unterstützt die ihm angeschlossenen Landes- Mitgliedsverbände mit Information und fachlichem Rat. Zur Etablierung professioneller Strukturen stellt der Zentralrat insbesondere im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, aber auch im Rahmen der Organisation von Veranstaltungen seine Expertise zur Verfügung. Hierzu gehört auch die Organisation von jährlichen Verbandstagungen mit den Vorständen und Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Landes- und Mitgliedsverbände. Im Jahr 2023 konnten im Oktober und Dezember im Rahmen der Vorstandstreffen noch jeweils Fachgespräche zu bestimmten relevanten Themenbereichen angeboten werden.

14. Trauerfälle

14.1. Zentralrat Deutscher Sinti und Roma trauert um Ilona Lagrene

Am 19. November ist die Bürgerrechtsaktivistin Ilona Lagrene im Alter von 73 Jahren im Kreis ihrer Familie in Mannheim verstorben. Als Aktivistin der ersten Stunde der Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma kämpfte Ilona Lagrene jahrzehntelang für die Anerkennung und Gleichberechtigung von Sinti und Roma. Im Rahmen dieser Erinnerungsarbeit, begleitete Frau Lagrene unzählige Reisen mit Jugendlichen in die Gedenkstätten der ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslager, wie zum Beispiel Natzweiler und Auschwitz, in denen 24 Familienangehörige von Ilona Lagrene von den Nationalsozialisten ermordet wurden. Beispiellos waren ebenso ihre Führungen durch die Heidelberger Altstadt, bei denen sie über das Leben von deutschen Sinti berichtete und nachhaltig dafür sorgte, die Heidelberger Sintifamilien wieder in die Erinnerung ihrer Heimatstadt aufzunehmen.

Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, würdigte Ilona Lagrene mit den Worten: „Ilona Lagrene hat zu Beginn der Bürgerrechtsarbeit Pionierarbeit geleistet und gemeinsam mit vielen anderen dafür gekämpft, dass der Holocaust an unserer Minderheit von der Bundesregierung anerkannt wurde. Ohne Menschen, wie Ilona Lagrene würde es die Bürgerrechtsarbeit der Sinti und Roma in der heutigen Form nicht geben.“

<https://zentralrat.sintiundroma.de/der-vorsitzende-des-zentralrats-romani-rose-trauert-mit-dem-gesamten-vorstand-um-ilona-lagrene/>

14.2. Zentralrat trauert um die Holocaustüberlebende Elisabeth Krawczyk

Elisabeth Krawczyk, geborene Lauenburger, ist am 11. Januar im Alter von 95 Jahren im Kreis ihrer Familie in Kitzingen verstorben. Die Sintezza wurde 1927 in Berlin geboren und überlebte die Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, wo zahlreiche Verwandte ermordet wurden, sowie die Konzentrationslager Ravensbrück und Flossenbürg. Sie war dem Zentralrat sowie dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma eng verbunden und begleitete die Delegationen des Zentralrats viele Jahre lang am 2. August zur internationalen Gedenkfeier ins ehemalige Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau.

Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, würdigte Elisabeth Krawczyk mit folgenden Worten: „Ich bedauere es zutiefst, dass wir nun Abschied von Elisabeth Krawczyk nehmen müssen. Mit ihrem Tod verlieren wir erneut eine wichtige Zeitzeugin der Sinti. Ihre Verdienste bestanden darin, dass sie die Erfahrungen ihrer leidvollen Verfolgungsgeschichte insbesondere an junge Menschen weitergegeben und für die Nachwelt aufgeschrieben hat. Nicht zuletzt deshalb wird sie unvergessen bleiben.“

<https://zentralrat.sintiundroma.de/der-zentralrat-deutscher-sinti-und-roma-trauert-um-die-holocaust-ueberlebende-elisabeth-krawczyk/>

14.3. Zentralrat trauert um den Holocaustüberlebenden Willi Kreutz

Der Holocaust-Überlebende Willi Kreutz ist am 11. Februar 2023 im Alter von 90 Jahren in Mannheim verstorben. Er war dem Dokumentationszentrum und dem Zentralrat eng verbunden und begleitete die Delegationen von Beginn an zu den internationalen Erinnerungsfeierlichkeiten anlässlich des Europäischen Holocaust-Gedenktages für Sinti und Roma am 2. August ins ehemalige Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Willi Kreutz wurde am 6. Juli 1932 in Düsseldorf geboren. Im Zuge der Maideportationen tausender Sinti und Roma in das sogenannte Generalgouvernement Polen wurde seine ältere Schwester, die spätere Bürgerrechtlerin Hildegard Lagrenne deportiert. Einige Monate später traf dieses Schicksal auch Willi Kreutz und seine Eltern. Im März 1941 wurde Willi Kreutz in das Lager Kattowitz-Myslowitz verschleppt, in dem bereits mehrere seiner Verwandten inhaftiert waren. Sein Schwager musste in einem Rüstungsbetrieb Zwangsarbeit leisten, während seine Schwester Hildegard zu schwersten Erdarbeiten genötigt wurde. Ende Januar 1945 konnte die Rote Armee das Lager befreien. Völlig entkräftigt wurde Willi Kreutz dort noch bis zum Juni vom Roten Kreuz versorgt und kehrte schließlich zu den Überlebenden seiner Familie nach Deutschland zurück. Romani Rose würdigte den 90-Jährigen mit folgenden Worten: „Ich bin sehr traurig über den Tod von Willi Kreutz. Mit ihm verlieren wir einen der letzten Überlebenden und wichtigen Zeitzeugen des Holocaust an den Sinti und Roma. Wir werden ihn nie vergessen.“

14.4. Zentralrat trauert um Ernst Tugendhat

Ernst Tugendhat ist der am 13. März 2023 im Alter von 93 Jahren in Freiburg im Breisgau verstorben ist. Der Philosoph, der als Professor in Heidelberg und Berlin wirkte, gehörte nicht nur zu den bedeutenden Intellektuellen Deutschlands, sondern war auch ein langjähriger Freund der Sinti und Roma. In seinen Schriften hat der Sohn jüdischer Eltern schon früh darauf hingewiesen, dass Sinti und Roma sowie Juden „von ihrem Schicksal her Geschwister“ seien. Deshalb hat er dem Zentralrat auch in seinem jahrelangen Ringen um das Holocaustdenkmal für die Minderheit in Berlin tatkräftig zur Seite gestanden. „Mit Ernst Tugendhat verlieren wir einen treuen Weggefährten, der schon früh die Bürgerrechtsarbeit der deutschen Sinti und Roma konsequent unterstützt hat“, würdigt der Zentralratsvorsitzende Romani Rose den Verstorbenen. Und er fügt hinzu: „In seiner Funktion als Mitglied des Beirats der Gesellschaft für bedrohte Völker war Ernst Tugendhat ebenfalls ein engagierter Fürsprecher für verfolgte und bedrohte Minderheiten.“

<https://zentralrat.sintiundroma.de/nachruf-auf-ernst-tugendhat/>

14.5. Zentralrat trauert um Tilman Zülch

Der Gründer und langjährige Generalsekretär der Gesellschaft für bedrohte Völker Tilman Zülch ist am 17. März 2023 im Alter von 83 Jahren in Göttingen verstorben. Die von Zülch gegründete Menschenrechtsorganisation „Gesellschaft für bedrohte Völker“ leistete beim Aufbau der Bürgerrechtsbewegung der deutschen Sinti und Roma eine wichtige Unterstützung. Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, würdigte sein lebenslanges Wirken mit folgenden Worten: „Das Jahrzehntelange Engagement von Tilman Zülch für Menschenrechte in Deutschland und weltweit verdient unseren Respekt und Anerkennung. Es ist Tilman Zülch mit zu danken, dass Sinti und Roma heute eine der vieranerkannten nationalen Minderheiten in Deutschland sind.“

<https://zentralrat.sintiundroma.de/zentralrat-deutscher-sinti-und-roma-trauert-um-tilman-zuelch-gruender-der-gesellschaft-fuer-bedrohte-voelker/>

14.6. Zentralrat trauert um Heide Simonis

Die ehemalige Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein starb kurz nach ihrem 80. Geburtstag am 12. Juli 2023 in Kiel. Die Politik von Simonis war beispielhaft im Umgang mit der Minderheit, ebenso wie ihre Menschlichkeit. 2003 verlieh ihr hierfür der Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Schleswig-Holstein – den „Schleswig-Holsteinischer Meilenstein“. Dieser Preis ehrt Menschen, die sich durch besonders herausragendes, soziales, humanistisches und unbürokratisches Engagement für die Minderheit der Sinti und Roma in außerordentlicher Weise verdient gemacht haben – Heide Simonis war die erste Preisträgerin.

Romani Rose würdigte sie mit den Worten: „Unser Land verliert mit Heide Simonis eine große Persönlichkeit, die ihre Verantwortung aus der Geschichte zum Schutz der Minderheiten stets in ihr politisches Handeln integrierte. Es war ihr immer ein Anliegen, die seit Jahrhunderten in Schleswig-Holstein lebenden Sinti und Roma in die nationale Verantwortung nach dem Holocaust an 500.000 ermordeten Sinti und Roma mit einzubeziehen. Als Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein gab sie den Anstoß, Sinti und Roma, neben den Dänen und Friesen, in die Landesverfassung aufzunehmen.“

<https://zentralrat.sintiundroma.de/zentralrat-deutscher-sinti-und-roma-und-verband-deutscher-sinti-und-roma-landesverband-schleswig-holstein-trauern-um-heide-simonis/>

14.7. Der Zentralrat trauert um den Holocaustüberlebenden Rudolf Steinbach

Der Holocaust-Überlebende Rudolf Steinbach verstarb am 23. März 2023 im Alter von 95 Jahren in seiner Heimatstadt Koblenz. Er war dem Zentralrat sowie dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma eng verbunden und begleitete die Delegationen des Zentralrats viele Jahre lang am 2. August zur internationalen Gedenkfeier ins ehemalige Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Er wurde mit seiner Familie 1943 nach Auschwitz deportiert und wurde Zeuge der Ermordung seines Vaters und seiner beiden jüngsten Geschwister.

Der Vorsitzende des Zentralrats und des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, würdigte ihn mit folgenden Worten: „Rudolf Steinbach hat sich als Überlebender des Vernichtungslagers Auschwitz Zeit seines Lebens dafür eingesetzt, die Erinnerung an den Holocaust an den 500.000 ermordeten Sinti und Roma im NS-besetzten Europa wachzuhalten. Bis ins hohe Alter nahm er an der jährlichen Gedenkveranstaltung zum Europäischen Holocaust Gedenktag für Sinti und Roma am 2. August in Auschwitz teil. Seinem Wirken als Zeitzeuge und als starke Stimme gegen Rassismus und Antiziganismus gehört unsere Anerkennung und unser Respekt.“

<https://zentralrat.sintiundroma.de/zeitzeuge-des-holocaust-rudolf-steinbach-verstorben/>

14.8. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma trauert um Raisa Nabaranchuk

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma trauert gemeinsam mit dem Dokumentations- und Kulturzentrum um die ukrainische Holocaust-Überlebende Raisa Nabaranchuk, die im Alter von 80 Jahren in Freiburg verstorben ist. Die 1943 im von den Nationalsozialisten besetzten Kiew geborene Romni gehörte zu den ersten Überlebenden der NS-Verfolgung, die von einem Hilfsnetzwerk unterschiedlicher Organisationen kurz nach Beginn des russischen Angriffskrieges evakuiert werden konnten. Mit ihren beiden Schwestern sowie weiteren Angehörigen gelang ihr die Flucht nach Freiburg. Mitglieder ihrer Familie gehörten zu den Opfern und Überlebenden von Massenerschießungen in der Nähe von Kiew. Am 29. und 30. September 1941 ermordeten die Deutschen und ihre Kollaborateure fast 34.000 jüdische Kinder, Frauen und Männer in der Schlucht von Babyn Jar. Auch Roma wurden dort getötet.

Zum 2. August 2022 hat Raisa Nabaranchuk beim virtuellen Gedenken des Dokumentations- und Kulturzentrums aus Anlass des Internationalen Holocaust-Gedenktages für Sinti und Roma von ihrer Großmutter berichtet, die von den deutschen Besatzern ermordet wurde. Erzählt hat sie zudem von den russischen Bombenangriffen und den bangen Stunden im Luftschutzkeller.

<https://zentralrat.sintiundroma.de/holocaust-ueberlebende-raisa-nabaranchuk-verstorben/>

14.9. Zentralrat trauert um den Holocaustüberlebenden Ivan Bilashchenko

Der Holocaust-Überlebende Ivan Bilashchenko starb kurz vor seinem 97. Geburtstag in seiner ukrainischen Heimat. 1926 wurde der Angehörige der Roma in einem Dorf in der Region Tscherkassy geboren. Mit 16 Jahren sollte er in ein deutsches Zwangsarbeiterlager verschleppt werden. Es gelang ihm aber, durch einen Sprung aus dem Zug zu flüchten und nach Hause zurückzukehren. Nach dem Einmarsch der Roten Armee wurde er mit 17 Jahren für den Kriegsdienst eingezogen. In seiner Heimat ist er aktiv für die historische Bewusstseinsbildung eingetreten und hat an mehreren Projekten mitgewirkt. Im August 2019 nahm er am Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau teil und sprach bei der internationalen Erinnerungsveranstaltung „Dikh he na bister“.

<https://zentralrat.sintiundroma.de/holocaust-ueberlebender-ivan-bilashchenko-verstorben/>

14.10. Zentralrat trauert um Holocaustüberlebenden Nadir Dedić

Der kroatische Holocaust-Überlebende Nadir Dedić ist am 13. Juni 2023 im Alter von 93 Jahren verstorben. Er wurde 1930 als Sohn muslimischer Roma in der Gemeinde Bozana Gradiska im heutigen Norden von Bosnien und Herzegowina geboren. Im Alter von elf Jahren wurde er von deutschen Soldaten verschleppt und den faschistischen Ustascha übergeben, die ihn in das Vernichtungslager Jasenovac deportierten, wo zehntausende Roma ermordet wurden. Durch Recherchen der kroatischen Gedenkstätte Jasenovac sind inzwischen die Namen von etwa 16.000 ermordeten Roma bekannt. Nadir Dedić gehörte zu den wenigen Angehörigen der Minderheit, die dieses Vernichtungslager überlebten. Ein Großteil seiner Verwandten, so auch sein Vater Alija und seine Mutter Kada, wurden im Holocaust ermordet. Insgesamt gehörten 81 Angehörige von Dedić zu den Opfern der Nationalsozialisten und ihrer kroatischen Verbündeten. Nadir Dedić selbst verdankte seine Rettung einem muslimischen Freund der Familie, der ihn gegenüber der Ustascha als sein eigenes Kind ausgab und damit seine Freilassung erreichte. 1943 schloss sich Dedić der Partisanenbewegung an und beteiligte sich am Kampf um die Befreiung seiner Heimat. Nach Kriegsende setzte er sich für das Gedenken an den Holocaust an den Sinti und Roma ein. Und war 1986 aktives Mitglied des Runden Tisches zum Gedenken im ehemaligen KZ Jasenovac. Außerdem initiierte er die Errichtung eines Mahnmals zur Erinnerung an die Opfer des faschistischen Terrors in Žeravica in Bosnien und Herzegowina, das 1970 eröffnet wurde. Anlässlich des Europäischen Holocaust-Gedenktages für Sinti und Roma am 2. August 2019 war Nadir Dedić einer der Hauptredner bei der mitorganisierten Gedenkveranstaltung im ehemaligen Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. In seiner Ansprache

appellierte er insbesondere an die jugendlichen Teilnehmer*innen, die in Jasenovac und Auschwitz verübten Verbrechen niemals zu vergessen: „Lassen Sie keinen Rassismus gegen uns Roma mehr zu! Treten Sie gemeinsam ein für ein Miteinanderleben, das auf gegenseitigem Respekt basiert und nicht auf Hass, Verachtung und Ausgrenzung. Das ist die Botschaft, die uns dieser Ort, auf dem wir heute stehen, vor Augen hält.“ Mit Nadir Dedić verliert die Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma einen engagierten Mitstreiter und eine wichtige Stimme gegen das Vergessen.

14.11. Zentralrat trauert um Holocaustüberlebende Eva Fahidi-Puszta

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma trauern gemeinsam um die jüdische Auschwitz-Überlebende Éva Fahidi-Puszta. Mit ihr ist eine der letzten Zeitzeuginnen des Holocaust von uns gegangen. Sie betrachtete es als ihre Pflicht, über das, was sie in Auschwitz erlebt hat, in der Öffentlichkeit zu berichten. Anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktags für Sinti und Roma berichtete Éva Fahidi-Puszta am 2. August 2019 bei der offiziellen Veranstaltung in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau darüber, wie sie selbst 70 Jahre zuvor Zeuge der Ermordung der letzten im Lagerabschnitt B II e des Vernichtungslagers verbliebenen 4.300 Sinti und Roma geworden war:

„Wir im Lager waren erstarrt vor Angst. Auch bleibt man nicht gleichgültig, wenn 4300 Menschen im Nachbarlager mit so drastischen Methoden, mit offenem Feuer aus Flammenwerfern in den Tod getrieben werden. So unerwartet, wie diese Aktion begonnen hatte, so unerwartet ist auf einmal Ruhe eingekehrt. Und das konnte man auch kaum aushalten. Man hörte von mehreren Zehntausenden von Menschen in den verschiedenen Lagern in Auschwitz-Birkenau laut das Herz klopfen. Und so oft ich mich an diese entsetzliche Nacht erinnere, weil ich es für meine Pflicht halte, darüber zu sprechen, damit es nicht in Vergessenheit gerät.“

<https://zentralrat.sintiundroma.de/holocaust-ueberlebende-eva-fahidi-puszta-mit-97-jahren-gestorben/>

15. Korruptionsprävention

Die Aufgabe der Korruptionsprävention wird beim Zentralrat Deutscher Sinti und Roma vom Wissenschaftlichen Leiter, Jonathan Mack, verantwortlich übernommen. Er prüft die Vergabe von Aufträgen entsprechend den Vorgaben im Bewilligungsbescheid; die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in einer Betriebsversammlung auf die Bedeutung der Korruptionsprävention hingewiesen worden.

Einnahmen-Überschuss Zentralrat in EUR 2023

Ideeller Bereich

Einnahmen aus ideellem Bereich

119 99 Vermischte Einnahmen	1.687,25
231 01 Institutionelle Zuwendung Bund	702.000,00
Drittmittelprojekte Einnahmen	838.458,51

Summe Einnahmen aus ideellem Bereich

1.542.145,76

Kosten ideeller Bereich

427 09 Arbeitnehmer m. befrist. Verträgen	-30.840,47
428 01 Personalkosten Geschäftsstelle	-556.162,10
443 01 Berufsgenossenschaft	-2.127,21
518 01 Miete und Pacht	-36.144,00
527 01 Dienstreisen	-21.093,00
511 01 Sachl. Verwaltungskosten	-21.317,12
543 01 Publikationen	-6.461,54
545 01 Konferenzen, Tagungen, Messen	-4.342,37
547 01 Nicht aufteilbare sächl. Verwaltungsausgaben	-25.199,44
Drittmittelprojekte Ausgaben	-838.458,51

Summe Kosten ideeller Bereich

-1.542.145,76

Summe Ideeller Bereich

0,00

Überschuss

0,00